

Wahlperiode 2021/2022



Studierendenparlament
der Universität Hamburg

SITZUNGS- UNTERLAGEN

**2. Sitzung des Studierendenparlamentes
in der Wahlperiode 2021/2022**

-Donnerstag, 16. September 2021-

*Die Reihenfolge der nachstehenden Vorlagen bestimmt sich
nach deren Platzierung auf der Tagesordnung.*

Tagesordnung

2. Sitzung des Studierendenparlamentes

in der Wahlperiode 2021/2022

am Donnerstag, den 16. September 2021, um 18.00 Uhr

*Die Sitzung wird auf Grund von Artikel 40a der Satzung der Studierendenschaft der Universität Hamburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1974 (Amtl. Anz. S. 349), zuletzt geändert am 5. August 2021 (Amtl. Anz. S. 1334), durch **Videokonferenz** über den Anbieter „Zoom“ durchgeführt.*

Tagesordnungspunkt 1:

Fortsetzung der

Beratung des Satzungsentwurfes der Mitglieder Ramon Weilinger, Leo Schneider, Janna Hill, Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain:

Konkretisierung der Wirtschaftsordnung

Vorlage 2122/3

(Die Beratung wurde bei der Sitzung des Studierendenparlamentes vom 1. Juli 2021 begonnen. Es sprachen Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen CampusGrün [wiederholt], des RCDS sowie der



Juso Hochschulgruppe. Durch Abbruch der Sitzung wurde die Aussprache nicht beendet und eine Abstimmung über die Vorlage 2122/3 nicht herbeigeführt.)

hierzu vorliegend:

- Änderungsantrag der Mitglieder Ramon Weiling, Leo Schneider, Janna Hill, Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain auf Vorlage 2122/20

Tagesordnungspunkt 2:

Beratung des vom Finanzreferenten des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) eingebrachten

**Entwurfes eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021/2022
(Haushalt 2021/2022)**

Vorlage 2122/23

g e m e i n s a m m i t

Beratung des vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) eingebrachten
Satzungsentwurfs:

Änderung der Wirtschaftsordnung

Vorlage 2122/24



Tagesordnungspunkt 3:

Beratung des Satzungsentwurfes der Mitglieder Ramon Weilinger, Leo Schneider, Janna Hill, Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain:

Mandatsruhe einführen!

Vorlage 2122/21

Tagesordnungspunkt 4:

Beratung des Satzungsentwurfes der Mitglieder Ramon Weilinger, Leo Schneider, Janna Hill, Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain:

StuPa-Wahlen im Sommersemester!

Vorlage 2122/22

Tagesordnungspunkt 5:

Neuwahl der Mitglieder des Ältestenrats der Studierendenschaft;

für das Wahlvorschlagsrecht gelten Ziffer 10a Anlage § 63 Absatz 3 in Verbindung mit Ziffer 6 Anlage § 13 der Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes



Es sind acht Mitglieder des Ältestenrats zu wählen. Das Vorschlagsrecht wird nach Stärke und Reihenfolge der Fraktionen vergeben. Die Bildung von Zählgemeinschaften ist bis Donnerstag, 9. September 2021, 24 Uhr, beim Präsidenten des Studierendenparlamentes schriftlich anzuzeigen.

Wahlvorschlag der Fraktion Campus UKE

Vorlage 2122/13

(Über die Zulässigkeit des Wahlvorschlags der Fraktion Campus UKE auf Vorlage 2122/13 wird abschließend erst entschieden, sobald die Frist zur Bildung von Zählgemeinschaften abgelaufen ist. Erst dann ergeben sich die Vorschlagsrechte einzelner Fraktionen und/oder Zählgemeinschaften.)

Tagesordnungspunkt 6:

Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Studierendenparlamentes

Wahlvorschlag der fraktionslosen Mitglieder Hesam Jozvebayat (harte zeiten – junge sozialist:innen & fachschaftsaktive), Franziska Hildebrandt (SDS* - Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband) und Gunhild Berdal (Liste LINKS - Offene AusländerInnenliste * Linke Liste * andere Aktive)

Vorlage 2122/15

Für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten ist jedes Mitglied des Studierendenparlamentes vorschlagsberechtigt (Ziffer 1.3 der Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes). Wahlvorschläge können bis zum Aufruf des Tagesordnungspunktes beigebracht werden.



Tagesordnungspunkt 7:

Beratung des Antrags der Fraktion CampusGrün:

Gegen die Kürzungen an der Universität - #stopthecuts!

Vorlage 2122/11

Tagesordnungspunkt 8:

Beratung des Antrags der der fraktionslosen Mitglieder Hesam Jozvebayat (n harte zeiten – junge sozialist:innen & fachschaftsaktive), Franziska Hildebrandt (SDS* - Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband) und Gunhild Berald (Liste LINKS - Offene AusländerInnenliste * Linke Liste * andere Aktive):

Fraktionsübergreifende Erklärung für die Redemokratisierung des Studierendenparlaments

Vorlage 2122/6

Hamburg, den 2. September 2021

DER PRÄSIDENT

Ramon Weilinger

Wahlperiode 2021/2022

04.06.2021

Satzungsentwurf

**der Mitglieder Ramon Weiling, Leo Schneider, Janna Hill,
Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain**

Konkretisierung der Wirtschaftsordnung

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

**Satzung
zur Änderung der Wirtschaftsordnung
der Studierendenschaft der Universität Hamburg**

Vom ...

Auf Grund von § 103 Absatz 1 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 18. Dezember 2020 (HmbGVBl. S. 704), hat das Studierendenparlament am ... beschlossen:

Artikel 2

Die Wirtschaftsordnung der Studierendenschaft der Universität Hamburg vom 9. Januar 2003 (Amtl. Anz. 2004 S. 237), wird wie folgt geändert:

§ 43 erhält folgende Fassung:

„§ 42 - Rechnungsprüfung

(1) Die Rechnungslegung und die Wirtschaftsführung der Studierendenschaft werden von einer anerkannten, unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft überprüft. Der Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist dem Wirtschaftsrat sowie dem Studierendenparlament zuzuleiten; er ist öffentlich zugänglich zu machen. Der Bericht soll bis zum Ende des auf das Berichtsjahr (Haushaltsjahr) folgenden Semesters vorliegen.

(2) Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird durch die Finanzreferentin oder den Finanzreferenten des AStA nach vorheriger Einwilligung des Wirtschaftsrats bestellt und beauftragt.“

§ 44 erhält folgende Fassung:

„§ 44 – Entlastung des AStA

(1) Der Wirtschaftsrat beschließt über die Entlastung des AStA.

(2) Die Entlastung ist zu erteilen, wenn die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 HGB erteilt hat. Die Entlastung ist zu verweigern, wenn die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Erteilung eines Bestätigungsvermerks versagt hat (§ 322 Absatz 2 Satz 1 Nummern 3 und 4 HGB). Bei einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk (§ 322 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 HGB) entscheidet der Wirtschaftsrat nach pflichtgemäßem Ermessen.

(3) Der Beschluss des Wirtschaftsrats über die Entlastung oder die Verweigerung der Entlastung ist dem AStA sowie dem Studierendenparlament mitzuteilen; sie ist zu begründen.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach der Genehmigung durch das Präsidium der Universität Hamburg am Tage ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 4. Juni 2021

gez. Ramon Weilinger, Leo Schneider, Janna Hill, Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain

Begründung

Allgemeines

Mit der überwiegend redaktionellen Änderung der Wirtschaftsordnung wird ein jüngster Beschluss des Ältestenrats (Beschl. v. 15.04.2021, Az.: 62/3/21 DB) umgesetzt bzw. eine dementsprechende Klarstellung in der Wirtschaftsordnung nachvollzogen.

Im Einzelnen:

zu § 43:

Zur Klarstellung und Vereinheitlichung der Terminologie wird die bisherige Formulierung „unabhängigen RechnungsprüferIn“ durch die im Hamburgischen Hochschulgesetz verwendete Formulierung „anerkannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“ ersetzt.

Außerdem wird ausdrücklich normiert, dass die Mitglieder des Studierendenparlamentes – wie grundsätzlich auch die Öffentlichkeit – Kenntnis vom Inhalt des Prüfberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erhalten sollen. Die Studierendenschaft ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die von ihren sog. Zwangsmitgliedern Beiträge erhebt. Über die Verwendung dieser Gelder und die ordentliche Kassen- und Haushaltsführung muss daher öffentlich Rechenschaft abgelegt werden.

In Absatz 2 wird die seit fast zwei Jahrzehnten geübte Praxis in den Wortlaut der Wirtschaftsordnung überführt: Zwar soll auch weiterhin der Wirtschaftsrat bei der Bestellung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die maßgebliche Entscheidungsbefugnis besitzen. Faktisch waren es aber niemals der Wirtschaftsrat oder dessen Vorsitzender, die (zivilrechtlich) eine Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vornahm. Deshalb wird an dieser Stelle, die sinnvolle Praxis, nunmehr normativiert.

zu § 44:

In seinem Beschluss vom 15. April 2021 (Az.: 62/3/21 DB) hat der Ältestenrat der Studierendenschaft in Auslegung der bisherigen Bestimmung des § 44 der Wirtschaftsordnung entschieden (Leitsatz):

„Der Wirtschaftsrat ist bei seiner Entscheidung über die Entlastung oder die Verweigerung der Entlastung des Allgemeinen Studierendenausschusses (i.F.: AStA) grundsätzlich an das Ergebnis der Prüfung (§ 322 des Handelsgesetzbuches [i.F.: HGB]) durch die von ihm beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (§ 43 Absatz 2 der Wirtschaftsordnung der Studierendenschaft [i.F.: WirtO]) gebunden; insbesondere ist bei einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk (§ 322 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 HGB) die Entlastung zu erteilen.“

Dieser Beschluss wird durch die vorstehende Änderung der Wirtschaftsordnung nachvollzogen und es wird normativ klargestellt, dass der Wirtschaftsrat bei seiner Entscheidung grundsätzlich an das Prüfungsergebnis einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gebunden ist.

Wahlperiode 2021/2022

28.08.2021

Änderungsantrag

**der Mitglieder Ramon Weilinger, Leo Schneider, Janna Hill,
Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain**

**zum Satzungsentwurf der Mitglieder Ramon Weilinger u.a.
-Vorlage 2122/3 [Betr.: Konkretisierung der Wirtschaftsordnung]-**

Angelegenheiten von besonderer Bedeutung

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

Die Änderungssatzung wird wie folgt gefasst:

**Satzung
zur Änderung der Wirtschaftsordnung
der Studierendenschaft der Universität Hamburg**

Vom ...

Auf Grund von § 103 Absatz 1 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 18. Dezember 2020 (HmbGVBl. S. 704), hat das Studierendenparlament am ... beschlossen:

Artikel 2

Die Wirtschaftsordnung der Studierendenschaft der Universität Hamburg vom 9. Januar 2003 (Amtl. Anz. 2004 S. 237), wird wie folgt geändert:

1. § 43 erhält folgende Fassung:

„§ 43 - Rechnungsprüfung

(1) Die Rechnungslegung und die Wirtschaftsführung der Studierendenschaft werden von einer anerkannten, unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft überprüft. Der Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist dem Wirtschaftsrat sowie dem Studierendenparlament zuzuleiten; er ist öffentlich zugänglich zu machen. Der Bericht soll bis zum Ende des auf das Berichtsjahr (Haushaltsjahr) folgenden Semesters vorliegen.

(2) Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird durch die Finanzreferentin oder den Finanzreferenten des AStA nach vorheriger Einwilligung des Wirtschaftsrats bestellt und beauftragt.“

2. § 44 erhält folgende Fassung:

„§ 44 – Entlastung des AStA

(1) Der Wirtschaftsrat beschließt über die Entlastung des AStA.

(2) Die Entlastung ist zu erteilen, wenn die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 HGB erteilt hat. Die Entlastung ist zu verweigern, wenn die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Erteilung eines Bestätigungsvermerks versagt hat (§ 322 Absatz 2 Satz 1 Nummern 3 und 4 HGB). Bei einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk (§ 322 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 HGB) entscheidet der Wirtschaftsrat nach pflichtgemäßem Ermessen.

(3) Der Beschluss des Wirtschaftsrats über die Entlastung oder die Verweigerung der Entlastung ist dem AStA sowie dem Studierendenparlament mitzuteilen; sie ist zu begründen.“

3. Nach § 44 wird folgender § 44 a eingefügt:

„§ 44 a – Berichte über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung

(1) Über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung kann der Wirtschaftsrat das Studierendenparlament und den Allgemeinen Studierendenausschuss jederzeit unterrichten.

(2) Die Präsidentin/der Präsident des Studierendenparlamentes soll die Berichte über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung (Absatz 1) im Internet veröffentlichen und der Hochschulöffentlichkeit zugänglich machen.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach der Genehmigung durch das Präsidium der Universität Hamburg am Tage ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 28. August 2021

gez. Ramon Weilinger, Leo Schneider, Janna Hill, Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain

Begründung

Dem Wirtschaftsrat kommt innerhalb der Studierendenschaft eine besondere Bedeutung zu. Die Satzung der Studierendenschaft ordnet grundsätzlich an: „Zur Beratung der Studierendenschaft bei der Aufstellung und Durchführung des Haushaltsplans sowie in allen ihren Wirtschafts- und Vermögensangelegenheiten wird ein Wirtschaftsrat gebildet [...]“. Mit der versammelten Expertise kann der Wirtschaftsrat hilfreiche Hinweise abgeben und dazu beitragen, dass die Studierendenschaft bzw. der AStA als ausführendes Organ der Studierendenschaft eine wirtschaftliche, sparsame und nachhaltige Haushaltsführung verfolgt.

Mit Ausnahme der gesetzlichen Zuständigkeiten aus § 105 Absätze 2 bis 4 des Hamburgischen Hochschulgesetzes übernimmt der Wirtschaftsrat eine beratende, hinweisende Funktion. Dieser Rolle trägt die neue Bestimmung des § 44a der Wirtschaftsordnung Rechnung: Es wird klargestellt und normativ festgeschrieben, dass der Wirtschaftsrat **j e d e r z e i t** dem Studierendenparlament und/oder dem Allgemeinen Studierendenausschuss über „Angelegenheiten von besonderer Bedeutung“ Bericht erstatten darf. Die Berichterstattung erfolgt nach freiem Ermessen des Wirtschaftsrats.

Da der Wirtschaftsrat – anders als z.B. die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder – über keine eigene Internetpräsenz verfügt, wird der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Studierendenparlamentes die Pflicht auferlegt, die Berichte über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung des Wirtschaftsrats zu veröffentlichen.

Im Übrigen wird auf die Begründung des ursächlichen Satzungsentwurfs (Vorlage 2122/3) verwiesen.

Wahlperiode 2021/2022

01.09.2021

**Haushalts- und Finanzvorlage
des Allgemeinen Studierendenausschusses**

**Entwurf eines Haushaltsplanes
für das Haushaltsjahr 2021/2022
(Haushalt 2021/2022)**

An den
Präsidenten des
Studierendenparlamentes

Hiermit übersende ich gemäß § 14 der Wirtschaftsordnung der Studierendenschaft den vom
Allgemeinen Studierendenausschuss beschlossenen

**Entwurf eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2021/2022
(Haushalt 2021/2022).**

Der Haushaltsplan-Entwurf wurde durch den Allgemeinen Studierendenausschuss auf dessen
Sitzung vom 1. September 2021 einstimmig verabschiedet (zehn Fürstimmen, keine
Gegenstimmen und keine Enthaltungen).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Studierendenparlamentes herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Jonas Willers
-Finanzreferent-

Deckblatt für den Entwurf des Haushalts 2021/2022

| |
|--|
| § 1 Die Haushaltsperiode beginnt am 1. Oktober 2021 und endet am 30. September 2022. |
| § 2 Die veranschlagten Ausgaben haben „Soll-Charakter“ bezogen auf die zu buchenden Aufwendungen. |
| § 3 Überplanmäßige Einnahmen in den Kontengruppen 3 1 00 00, 3 3 00 00, 3 4 00 00 und 3 5 00 00 stehen den jeweiligen Referaten, dem Parlament oder den Fachschaften in vollem Umfang zur Verfügung (per Sollaufstockung). |
| § 4 Gemäß § 10 der Wirtschaftsordnung der Studierendenschaft sind die zu den Titelgruppen 5 1 00 00, 5 3 00 00, 5 4 00 00, 5 5 00 00 und 5 6 00 00 eingerichteten Haushaltsfonds einseitig deckungsfähig zugunsten aller Untertitel dieser |
| § 5 Alle Titel der Kontogruppen 5 1 01 00, 5 1 02 00, 5 1 03 00, 5 1 04 00, 5 1 05 00, 5 1 06 00, 5 1 07 00, 5 1 08 00, 5 1 09 00, 5 1 10 00, 5 1 11 00, 5 1 13 00, 5 1 96 00, 5 1 97 00, 5 1 98 00, 5 3 01 00, 5 3 02 00, 5 3 03 00, 5 3 04 00, 5 3 99 00, 5 4 01 00, 5 4 02 00, 5 4 99 00, 5 6 00 00 sind innerhalb der jeweiligen Kontengruppe gegenseitig deckungsfähig. |
| § 6 Alle Titel der Kategorie 5 1 00 00 sind einseitig deckungsfähig zugunsten aller Titel der Kategorie 5 2 00 00. |
| § 7 Alle Titel der Kategorie 5 1 00 00 sind einseitig deckungsfähig zugunsten aller Titel der Kontogruppen 5 1 96 00, |
| § 8 Alle Titel der Kategorie 5 1 00 00 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Summe der Kategorie 5 5 00 00. |
| § 9 Alle Titel der Kategorien 5 1 00 00, 5 4 00 00 und 5 6 00 00 sind einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 5 4 01 00. |
| § 10 Alle Untertitel der Kontogruppen 5 3 01 00, 5 3 02 00, 5 3 03 00 und 5 3 04 00 sind einseitig deckungsfähig zugunsten |

Erläuterungen zum Haushalt 2021/2022

| KT | | Deckblatt |
|-----------------------------|---|--|
| X X X X | Art | <p>Zu § 1: Festlegung der Haushaltsperiode. Änderung nur über Wirtschaftsordnung möglich Zu § 2: Konkrete Ausgaben können erst durch den AStA beschlossen werden. Zu § 3: Die Kategorien beziehen sich auf die Einnahmen der jeweiligen Gruppe Zu § 4: 5 7 01 00 zu 5 1 00 00 (AStA), 5 7 02 00 zu 5 2 00 00 (Teilautonome), 5 7 03 00 zu 5 3 00 00 (Parlament), 5 7 04 00 zu 5 4 00 00 (Fachschaftsräte), 5 7 05 00 zu 5 5 00 00 (Übergreifende Sachkosten) Zu § 5: Alle AStA Referate jeweils, AStA-Gemeinsame Projekte, AStA-Kooperationen, AStA-übergreifende Kosten, alle Teilautonomen Referate jeweils, Teilautonome-Übergreifende Kosten, Wahlen, Präsidium, Parlament-Übergreifende Kosten, Übergreifende Sachkosten (ausgenommen Semesterticket Härtefonds). Zu § 6: AStA zu AStA-Beratung Zu § 7: AStA zu übergreifende Kosten 510000 und zu Übergreifende Sachkosten Zu § 8: AStA zur Kategorie Fachschaftsräte summiert. Zu § 9: AStA, Parlament und übergreifende Sachkosten zu Wahlen Zu § 10: RIS, RBCS, Queer und Alle Frauen*-Referat zu Sonstiges (Teilautonome)</p> |
| 3 | Einnahmen | |
| 5 | Ausgaben | |
| X X X X | Kategorie | |
| 1 | AStA | |
| 2 | AStA-Beratung | |
| 3 | Teilautonome | |
| 4 | Parlament | |
| 5 | Fachschaftsräte | |
| 6 | Übergreifend | |
| 7 | Haushaltsfonds | |
| 8 | Rücklagen | |
| . | laufende Nummern innerhalb der Kategorie z.B. nach Referaten oder Fakultäten | <p>Changelog</p> <p>Hier wird vermerkt, unter welcher KT oder welchem Namen das betreffende Konto im Haushalt 2019/2020 zu finden war. Keine Eintragung bedeutet, dass keinerlei Änderungen vorgenommen wurden.</p> |
| X X X X | Konto laufende Nummern innerhalb der Gruppe z.B. nach Sachkosten, Projektkräften oder Fachschaftsräten | <p>Laufender Haushalt</p> <p>- Alle Ausgaben der VS werden (ausgenommen personenbezogene Daten) vollständig und kommentiert veröffentlicht, damit eine höhere Transparenz geschaffen wird. - Die Trennstriche bei der Kontierung dienen zur besseren Lesbarkeit des Haushaltsplans (siehe links). In der Buchhaltung werden diese nicht verwendet.</p> |

Studierendenparlament

der Universität Hamburg

-Wahlperiode 2021/2022-

Vorlage 2122/23

| KT | Titel | HH 18/19 | | HH 19/20 | | NHH 19/20 | | HH 20/21 | | NHH 20/21 | | vorl. HH 21/22 | | Bemerkungen | Changelog HH19/20 |
|-----------------|--|-----------------------|---------------------|-----------------------|---------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|---------------------|-----------------------|---------------------|-----------------------|-------------|--|-------------------|
| | | Soll | Ist 2019/09 | Soll | Ist 2020/06 | Soll | Ist 2020/09 | Soll | Ist 2021/04 | Soll | Ist 2020/07 | Soll | | | |
| 3 0 00 00 | Einnahmen Verfasste Studierendenschaft | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 1 00 00 | Einnahmen Allgemeiner Studierendenausschuss | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 1 04 00 | Werbung | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | | |
| 3 1 07 00 | Außerordentliche Einnahmen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | | |
| 3 1 07 05 | Erträge abgeschriebener Forderungen | | | | | | | 2.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | | |
| 3 1 97 00 | Einnahmen aus gemeinsamen Projekten | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 1 97 01 | Kulturkurse & Tutorien | 10.000,00 € | 7.400,00 € | 10.000,00 € | 4.145,00 € | 7.500,00 € | 4.020,00 € | 10.000,00 € | 2.215,00 € | 8.000,00 € | 2.280,00 € | 10.000,00 € | 10.000,00 € | Zweckgebundene Einnahmen für "Kulturkurse & Tutorien" (§19701) nach §9 der Wirtschaftsordnung. | |
| 3 1 97 02 | Studierendenfestival | 0,00 € | 0,00 € | 5.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 5.000,00 € | 0,00 € | 5.000,00 € | 0,00 € | 5.000,00 € | 5.000,00 € | Festivalsausrichtung (§19702) nach §9 | |
| 3 1 97 03 | Aktivitäten / Veranstaltungen | 4.000,00 € | 3.013,06 € | 10.000,00 € | 2.301,98 € | 10.000,00 € | 2.301,98 € | 10.000,00 € | 0,00 € | 8.000,00 € | 0,00 € | 10.000,00 € | 10.000,00 € | Uni-Marketing: Einnahmen gemäß Vertrag. | |
| 3 1 98 00 | Einnahmen aus Kooperationen | 30.000,00 € | 30.000,00 € | 30.000,00 € | 13.784,20 € | 30.000,00 € | 18.464,15 € | 17.000,00 € | 11.270,30 € | 17.000,00 € | 15.877,31 € | 17.000,00 € | 17.000,00 € | | |
| 3 1 99 00 | sonstige Einnahmen | 0,00 € | 17,36 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | | |
| | Σ 3 1 00 00 | 44.000,00 € | 40.430,42 € | 55.000,00 € | 20.231,18 € | 47.500,00 € | 24.786,13 € | 44.000,00 € | 13.485,30 € | 38.000,00 € | 18.157,31 € | 42.000,00 € | | | |
| 3 3 00 00 | Einnahmen Teilautonome AStA-Referate | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| 3 4 00 00 | Einnahmen Parlament | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| 3 5 00 00 | Einnahmen der Fachschaften | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| 3 6 00 00 | Übergreifende Einnahmen | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 6 01 00 | Semesterbeiträge Studierende | 924.379,00 € | 925.751,71 € | | 360.000,00 € | | | | | | | | | originären Einnahmen des AStA. | |
| 3 6 01 01 | Voll Zahlende | | | 954.775,00 € | 497.687,00 € | 954.775,00 € | 967.535,70 € | 967.308,00 € | 720.000,00 € | 983.364,00 € | 870.516,00 € | 1.089.895,00 € | | SoSe = 12,00€ á 39.404 Studierende; WiSe = 12,00€ á 42.543 Studierende | |
| 3 6 01 02 | HAW-Doppelzahler | | | 9.959,00 € | 5.041,12 € | 9.959,00 € | 9.621,52 € | 10.181,00 € | - € | 9.860,00 € | 5.280,00 € | 9.860,00 € | | SoSe = 6,60€ á 694 Studierende; WiSe = 6,60€ á 800 Studierende | |
| 3 6 01 03 | TUHH-Doppelzahler | | | 10.446,00 € | 5.713,20 € | 10.446,00 € | 11.099,70 € | 10.621,00 € | - € | 10.649,00 € | 5.263,00 € | 10.649,00 € | | SoSe = 9,50€ á 567 Studierende; WiSe = 9,50€ á 554 Studierende | |
| | Σ 3 6 01 00 | 924.379,00 € | 925.751,71 € | 975.180,00 € | 868.441,32 € | 975.180,00 € | 988.256,92 € | 988.110,00 € | 720.000,00 € | 1.003.873,00 € | 881.059,00 € | 1.110.404,00 € | | | |
| 3 6 02 00 | Zinsen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| | Σ 3 6 00 00 | 924.379,00 € | 925.751,71 € | 975.180,00 € | 868.441,32 € | 975.180,00 € | 988.256,92 € | 988.110,00 € | 720.000,00 € | 1.003.873,00 € | 881.059,00 € | 1.110.404,00 € | | | |
| 3 8 00 00 | Entnahme aus Allgemeiner Rücklage / Eigenkapit | 200.902,00 € | 11.847,17 € | 24.300,00 € | 0,00 € | 25.078,40 € | 0,00 € | 36.720,00 € | 36.720,00 € | 49.100,13 € | 0,00 € | 33.256,00 € | | | |
| | Σ 3 0 00 00 | 1.169.281,00 € | 978.029,30 € | 1.054.480,00 € | 868.672,50 € | 1.047.758,40 € | 1.013.043,05 € | 1.068.830,00 € | 770.205,30 € | 1.090.973,13 € | 899.216,31 € | 1.185.660,00 € | | | |

Studierendenparlament der Universität Hamburg

-Wahlperiode 2021/2022-

Vorlage 2122/23

| 5 0 00 | | Ausgaben | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------|--|--|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|--|--|-------------|-------------|--|-------------|
| 5 1 00 | | ASIA | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 01 | | Vorstand | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 01 01 | Sachkosten | 2.500,00 € | 2.543,15 € | 3.000,00 € | 1.464,26 € | 3.000,00 € | 2.250,63 € | 1.800,00 € | 117,15 € | | | 900,00 € | 197,14 € | | 1.800,00 € |
| 5 1 01 03 | ASIA-Sekretariat | 45.400,00 € | 44.016,07 € | 45.400,00 € | 34.497,42 € | 45.400,00 € | 45.510,32 € | 45.400,00 € | 27.171,62 € | | | 45.400,00 € | 38.633,27 € | | 45.400,00 € |
| 5 1 01 04 | Aufwandsentschädigungen | 82.400,00 € | 80.886,32 € | 23.400,00 € | 17.550,00 € | 23.400,00 € | 23.400,00 € | 15.600,00 € | 9.100,00 € | | | 15.600,00 € | 13.000,00 € | | 15.600,00 € |
| 5 1 01 05 | Projektkräfte | 73.600,00 € | 68.849,77 € | 11.800,00 € | 5.062,25 € | 11.800,00 € | 8.332,25 € | 9.600,00 € | 4.970,00 € | | | 9.600,00 € | 7.100,00 € | | 9.840,00 € |
| Σ 5 1 01 00 | | 203.900,00 € | 196.295,31 € | 82.600,00 € | 58.573,93 € | 83.600,00 € | 79.493,20 € | 72.400,00 € | 41.358,77 € | | | 71.500,00 € | 58.930,41 € | | 72.640,00 € |
| 5 1 02 00 | | Finanzreferat | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 02 01 | Sachkosten | 1.500,00 € | 823,11 € | 1.500,00 € | 501,41 € | 1.500,00 € | 1.045,62 € | 1.300,00 € | 280,67 € | | | 750,00 € | 385,51 € | | 1.500,00 € |
| 5 1 02 02 | Festangestellte | 32.400,00 € | 31.417,18 € | 32.400,00 € | 22.425,03 € | 32.400,00 € | 28.712,34 € | 32.400,00 € | 19.933,36 € | | | 32.400,00 € | 27.408,37 € | | 32.000,00 € |
| 5 1 02 03 | Aufwandsentschädigungen | | | | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 7.338,00 € | 7.800,00 € | 4.550,00 € | | | 7.800,00 € | 6.500,00 € | | 7.800,00 € |
| 5 1 02 04 | Projektkräfte | | | 4.800,00 € | 3.450,00 € | 5.200,00 € | 5.131,88 € | 7.200,00 € | 3.930,00 € | | | 7.800,00 € | 5.700,00 € | | 9.840,00 € |
| Σ 5 1 02 00 | | 33.900,00 € | 32.240,29 € | 46.500,00 € | 31.776,44 € | 46.900,00 € | 42.227,84 € | 48.700,00 € | 28.694,03 € | | | 48.750,00 € | 39.993,88 € | | 51.140,00 € |
| 5 1 03 00 | | Öffentlichkeit | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 03 01 | Sachkosten | | | | | | | 1.500,00 € | 38,16 € | | | 750,00 € | 38,16 € | | 1.500,00 € |
| 5 1 03 03 | Aufwandsentschädigungen | | | | | | | 7.800,00 € | 4.550,00 € | | | 7.575,00 € | 6.500,00 € | | 7.800,00 € |
| 5 1 03 02 | Publikationen (Öffentlichkeitsarbeit) | 8.000,00 € | 6.085,27 € | 11.000,00 € | 1.983,80 € | 11.000,00 € | 10.938,19 € | 4.000,00 € | 0,00 € | | | 3.000,00 € | 0,00 € | | 3.000,00 € |
| 5 1 03 06 | Honoreare/Gehälter Publikationsverbreitung | 3.000,00 € | 2.000,00 € | 3.000,00 € | 980,00 € | 3.000,00 € | 980,00 € | 3.000,00 € | 0,00 € | | | 3.000,00 € | 0,00 € | | 3.000,00 € |
| 5 1 03 04 | Projektkräfte | | | | | | | 7.200,00 € | 3.924,00 € | | | 7.200,00 € | 5.574,00 € | | 7.380,00 € |
| Σ 5 1 03 00 | | 11.000,00 € | 8.085,27 € | 14.000,00 € | 2.963,80 € | 14.000,00 € | 11.918,19 € | 23.500,00 € | 8.512,16 € | | | 21.525,00 € | 12.112,16 € | | 22.880,00 € |
| 5 1 04 00 | | Infotreff | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 04 01 | Sachkosten Infotreff | 10.000,00 € | 6.841,45 € | 14.000,00 € | 7.067,69 € | 14.000,00 € | 8.124,44 € | 14.000,00 € | 2.377,41 € | | | 8.000,00 € | 2.968,44 € | | 10.000,00 € |
| 5 1 04 02 | Personal Infotreff | 16.000,00 € | 17.607,62 € | 21.600,00 € | 17.621,10 € | 21.600,00 € | 22.896,68 € | 21.600,00 € | 12.600,00 € | | | 21.000,00 € | 15.840,00 € | | 25.000,00 € |
| Σ 5 1 04 00 | | 26.000,00 € | 24.449,07 € | 35.600,00 € | 24.688,79 € | 35.600,00 € | 31.021,12 € | 35.600,00 € | 14.977,41 € | | | 29.000,00 € | 18.808,44 € | | 35.000,00 € |
| 5 1 05 00 | | Hochschulpolitik, Vernetzung | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 05 01 | Sachkosten | 2.500,00 € | 1.531,86 € | 1.500,00 € | 80,00 € | 1.500,00 € | 186,02 € | 1.500,00 € | 11,99 € | | | 750,00 € | 32,93 € | | 1.500,00 € |
| 5 1 05 02 | Aufwandsentschädigungen | | | | 5.850,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 3.290,00 € | | | 7.575,00 € | 4.700,00 € | | 7.800,00 € |
| 5 1 05 03 | Projektkräfte | | | 9.600,00 € | 7.143,76 € | 9.200,00 € | 10.193,76 € | 7.200,00 € | 4.200,00 € | | | 7.170,00 € | 5.400,00 € | | 17.220,00 € |
| Σ 5 1 05 00 | | 2.500,00 € | 1.531,86 € | 18.900,00 € | 13.073,76 € | 18.500,00 € | 18.179,78 € | 16.500,00 € | 7.501,99 € | | | 16.495,00 € | 10.132,93 € | | 26.520,00 € |
| 5 1 06 00 | | Soziales | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 06 01 | Sachkosten | 200,00 € | 0,00 € | 1.500,00 € | 0,00 € | 1.500,00 € | 0,00 € | 1.500,00 € | 0,00 € | | | 250,00 € | 72,50 € | | 1.500,00 € |
| 5 1 06 02 | Aufwandsentschädigungen | | | 7.800,00 € | 5.200,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 4.550,00 € | | | 7.575,00 € | 6.500,00 € | | 7.800,00 € |
| 5 1 06 03 | Projektkräfte | | | 9.600,00 € | 8.000,00 € | 9.600,00 € | 9.600,00 € | 7.200,00 € | 3.515,33 € | | | 8.940,00 € | 5.313,33 € | | 14.760,00 € |
| Σ 5 1 06 00 | | 200,00 € | 0,00 € | 18.900,00 € | 13.200,00 € | 18.900,00 € | 17.400,00 € | 16.500,00 € | 8.065,33 € | | | 17.265,00 € | 11.885,83 € | | 24.060,00 € |
| 5 1 07 00 | | Technik und Digitales | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 07 01 | Sachkosten | 2.300,00 € | 1.419,85 € | 1.500,00 € | 244,23 € | 1.500,00 € | 921,17 € | 1.500,00 € | 0,00 € | | | 250,00 € | 72,50 € | | 1.500,00 € |
| 5 1 07 02 | Aufwandsentschädigungen | | | 7.800,00 € | 5.850,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 4.550,00 € | | | 7.650,00 € | 6.500,00 € | | 7.800,00 € |
| 5 1 07 03 | Projektkräfte | | | 9.600,00 € | 4.851,67 € | 9.200,00 € | 7.150,00 € | 7.200,00 € | 4.200,00 € | | | 7.200,00 € | 6.000,00 € | | 7.380,00 € |
| 5 1 07 04 | Projektkraft beim Admin | | | | | | | 5.400,00 € | 3.150,00 € | | | 4.050,00 € | 4.500,00 € | | 0,00 € |
| Σ 5 1 07 00 | | 2.300,00 € | 1.419,85 € | 18.900,00 € | 10.945,90 € | 18.500,00 € | 15.871,17 € | 21.900,00 € | 11.900,00 € | | | 19.650,00 € | 17.072,50 € | | 16.680,00 € |
| 5 1 08 00 | | Kultur | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 08 01 | Sachkosten | 1.250,00 € | 608,46 € | 1.500,00 € | 215,50 € | 1.500,00 € | 1.457,48 € | 1.500,00 € | 0,00 € | | | 750,00 € | 70,52 € | | 1.500,00 € |
| 5 1 08 02 | Aufwandsentschädigungen | | | 7.800,00 € | 5.850,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 4.550,00 € | | | 7.590,00 € | 6.500,00 € | | 7.800,00 € |
| 5 1 08 03 | Projektkräfte | | | 9.600,00 € | 11.700,00 € | 9.600,00 € | 15.500,00 € | 9.600,00 € | 8.413,33 € | | | 9.360,00 € | 11.613,33 € | | 14.760,00 € |
| 5 1 08 04 | Projektkraft Kulturkurse | | | 4.800,00 € | 0,00 € | 4.800,00 € | 0,00 € | 4.800,00 € | 0,00 € | | | 4.680,00 € | 400,00 € | | 0,00 € |
| Σ 5 1 08 00 | | 1.250,00 € | 608,46 € | 23.700,00 € | 17.765,50 € | 23.700,00 € | 24.757,48 € | 23.700,00 € | 12.963,33 € | | | 22.380,00 € | 18.583,85 € | | 24.060,00 € |
| 5 1 09 00 | | Nachhaltigkeit und Mobilität | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 09 01 | Sachkosten | 1.250,00 € | 730,97 € | 1.500,00 € | 98,55 € | 1.500,00 € | 98,55 € | 1.500,00 € | 0,00 € | | | 750,00 € | 200,00 € | | 1.500,00 € |
| 5 1 09 02 | Aufwandsentschädigungen | | | 7.800,00 € | 5.850,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 7.800,00 € | 4.550,00 € | | | 7.650,00 € | 6.500,00 € | | 7.800,00 € |
| 5 1 09 03 | Projektkräfte | | | 9.600,00 € | 6.640,00 € | 9.600,00 € | 8.740,00 € | 9.600,00 € | 5.426,66 € | | | 12.000,00 € | 7.826,66 € | | 19.680,00 € |
| Σ 5 1 09 00 | | 1.250,00 € | 730,97 € | 18.900,00 € | 12.588,55 € | 18.900,00 € | 16.638,55 € | 18.900,00 € | 9.976,66 € | | | 20.400,00 € | 14.526,66 € | | 28.980,00 € |
| 5 1 10 00 | | Antidiskriminierung und soziale Bewegung | | | | | | | | | | | | | |
| 5 1 10 01 | Sachkosten | 1.500,00 € | 1.476,35 € | 1.500,00 € | 60,59 € | 2.500,00 € | 1.030,76 € | 3.000,00 € | 1.099,59 € | | | 1.500,00 € | 1.271,00 € | | 1.500,00 € |
| 5 1 10 02 | Aufwandsentschädigungen | | | 7.800,00 € | 5.850,00 € | 9.100,00 € | 9.425,00 € | 15.600,00 € | 9.100,00 € | | | 16.980,00 € | 13.000,00 € | | 23.400,00 € |
| 5 1 10 03 | Projektkräfte | | | 9.600,00 € | 5.470,00 € | 9.600,00 € | 7.470,00 € | 9.600,00 € | 5.600,00 € | | | 9.360,00 € | 8.000,00 € | | 9.840,00 € |
| Σ 5 1 10 00 | | 1.500,00 € | 1.476,35 € | 18.900,00 € | 11.380,59 € | 21.200,00 € | 17.925,76 € | 28.200,00 € | 15.799,59 € | | | 27.840,00 € | 22.271,00 € | | 34.740,00 € |

Umbenennung Publikationen

Umbenennung Service und Technik

Stelle fällt weg

Studierendenparlament

der Universität Hamburg

-Wahlperiode 2021/2022-

Vorlage 2122/23

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|----|----|--|--------------|-------------|--------------|-------------|--------------|--------------|--------------|-------------|--------------|-------------|--------------|--------------------|--|--|--|--|
| 5 | 2 | 00 | 00 | ASIA-Beratung | 85.000,00 € | 80.277,05 € | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 2 | 01 | 00 | Sachkosten | | | 1.000,00 € | 1.608,15 € | 1.600,00 € | 1.999,77 € | 2.000,00 € | 554,49 € | 2.000,00 € | 1.032,39 € | 2.000,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 02 | 00 | Personal | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 2 | 02 | 01 | Festangestellte / Koordination | | | 26.000,00 € | 16.193,94 € | 26.000,00 € | 21.528,00 € | 26.000,00 € | 13.753,98 € | 25.000,00 € | 19.733,97 € | 26.000,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 02 | 02 | Steuerberatung | | | 4.000,00 € | 4.271,25 € | 8.400,00 € | 6.671,25 € | 6.000,00 € | 4.545,00 € | 7.000,00 € | 7.065,00 € | 7.000,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 02 | 03 | Psychologische Beratung | | | 5.000,00 € | 4.200,00 € | 5.000,00 € | 5.547,40 € | 5.000,00 € | 3.750,00 € | 7.500,00 € | 5.550,00 € | 7.500,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 02 | 04 | SRS-Beratung | | | 27.500,00 € | 17.588,48 € | 27.500,00 € | 23.466,85 € | 27.500,00 € | 19.430,00 € | 30.500,00 € | 26.905,00 € | 30.500,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 02 | 05 | BAfG-Beratung | | | 27.500,00 € | 22.056,58 € | 27.500,00 € | 28.475,88 € | 27.500,00 € | 14.683,33 € | 23.000,00 € | 21.825,00 € | 25.000,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 02 | 06 | Elternberatung | | | 3.500,00 € | 2.632,50 € | 3.500,00 € | 3.497,60 € | 3.500,00 € | 2.047,50 € | 3.500,00 € | 2.925,00 € | 3.500,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 02 | 07 | Arbeitsrechtsberatung | | | 3.100,00 € | 2.322,00 € | 3.100,00 € | 2.832,72 € | 3.400,00 € | 1.275,00 € | 3.300,00 € | 2.040,00 € | 3.500,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 02 | 08 | Semesterticket Härtefonds | | | 5.400,00 € | 4.050,00 € | 5.400,00 € | 5.400,00 € | 5.400,00 € | 3.150,00 € | 5.400,00 € | 4.500,00 € | 5.400,00 € | | | | | |
| | | | | Σ 5 2 02 00 | 0,00 € | 0,00 € | 102.000,00 € | 73.294,75 € | 106.400,00 € | 97.419,70 € | 104.300,00 € | 62.634,81 € | 105.200,00 € | 90.543,97 € | 108.400,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 03 | 00 | Fortbildungen | | | 2.000,00 € | 0,00 € | 2.000,00 € | 0,00 € | 2.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | 0,00 € | 2.000,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 98 | 00 | Übergreifende Kosten 520000 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 2 | 98 | 01 | Sozialversicherungsabgaben | | | 27.400,00 € | 16.702,73 € | 28.500,00 € | 16.974,93 € | 28.000,00 € | 846,49 € | 28.300,00 € | 1.263,99 € | 29.000,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 98 | 02 | Pauschalsteuer | | | 1.600,00 € | 1.002,07 € | 1.700,00 € | 1.002,07 € | 1.700,00 € | - € | 1.700,00 € | 0,00 € | 1.800,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 98 | 03 | Büroarbeitsmittel/Ausstattung | | | 1.000,00 € | 65,08 € | 1.000,00 € | 634,56 € | 1.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | | | | | |
| 5 | 2 | 98 | 04 | Bürobedarf | | | 1.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | | | | | |
| | | | | Σ 5 2 98 00 | 0,00 € | 0,00 € | 31.000,00 € | 17.769,88 € | 32.200,00 € | 18.611,56 € | 31.700,00 € | 846,49 € | 32.000,00 € | 1.263,99 € | 32.800,00 € | | | | | |
| | | | | Σ 5 2 00 00 | 85.000,00 € | 80.277,05 € | 136.000,00 € | 92.672,78 € | 142.200,00 € | 118.031,03 € | 140.000,00 € | 64.035,79 € | 140.200,00 € | 92.840,35 € | 145.200,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 00 | 00 | Teillautonome ASIA-Referate | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 3 | 01 | 00 | Referat für internationale Studierende (RIS) | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 3 | 01 | 01 | Sachkosten RIS | 7.100,00 € | 3.125,56 € | 7.100,00 € | 1.931,05 € | 7.100,00 € | 3.527,01 € | 7.100,00 € | 944,32 € | 4.180,00 € | 1.482,85 € | 4.180,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 01 | 02 | Aufwandsentschädigung RIS | 7.800,00 € | 10.840,00 € | 7.800,00 € | 9.540,00 € | 7.800,00 € | 12.720,00 € | 7.800,00 € | 7.420,00 € | 12.720,00 € | 10.600,00 € | 12.720,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 01 | 03 | Projektkräfte / Berater / Honorar RIS | 8.100,00 € | 5.280,00 € | 8.100,00 € | 3.600,00 € | 8.100,00 € | 4.800,00 € | 8.100,00 € | 2.800,00 € | 6.100,00 € | 4.650,00 € | 7.600,00 € | Erhöhung um 1.500€ | | | | |
| | | | | Σ 5 3 01 00 | 23.000,00 € | 19.245,56 € | 23.000,00 € | 15.071,05 € | 23.000,00 € | 21.047,01 € | 23.000,00 € | 11.164,32 € | 23.000,00 € | 16.732,85 € | 24.500,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 02 | 00 | Studierende (RBCS) | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 3 | 02 | 01 | Sachkosten RBCS | 7.100,00 € | 6.381,45 € | 7.100,00 € | 4.403,91 € | 7.100,00 € | 7.714,29 € | 7.100,00 € | 1.213,29 € | 7.100,00 € | 1.504,71 € | 7.100,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 02 | 02 | Aufwandsentschädigung RBCS | 7.800,00 € | 8.600,00 € | 7.800,00 € | 6.550,00 € | 7.800,00 € | 8.400,00 € | 7.800,00 € | 4.550,00 € | 7.800,00 € | 6.500,00 € | 7.800,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 02 | 03 | Projektkräfte / Berater / Honorar RBCS | 8.100,00 € | 8.292,04 € | 8.100,00 € | 6.399,00 € | 8.100,00 € | 10.269,76 € | 14.400,00 € | 8.029,00 € | 14.400,00 € | 12.022,00 € | 15.900,00 € | Erhöhung um 1.500€ | | | | |
| 5 | 3 | 02 | 04 | Gebärdensprachdolmetscher*innen/Schriftmittler*inne | 5.162,00 € | 1.786,24 € | 13.500,00 € | 933,50 € | 13.500,00 € | 7.865,94 € | - € | - € | - € | - € | - € | | | | | |
| | | | | Σ 5 3 02 00 | 28.162,00 € | 25.059,73 € | 36.500,00 € | 18.286,41 € | 36.500,00 € | 34.249,99 € | 29.300,00 € | 13.792,29 € | 29.300,00 € | 20.026,71 € | 30.800,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 03 | 00 | Queer-Referat (Queer) | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 3 | 03 | 01 | Sachkosten Queer | 6.900,00 € | 5.662,46 € | 6.900,00 € | 3.040,05 € | 6.900,00 € | 4.952,72 € | 6.900,00 € | 1.680,30 € | 6.900,00 € | 2.651,70 € | 6.900,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 03 | 02 | Aufwandsentschädigung Queer | 7.800,00 € | 6.720,00 € | 7.800,00 € | 6.150,00 € | 7.800,00 € | 8.100,00 € | 7.800,00 € | 4.550,00 € | 7.800,00 € | 6.500,00 € | 7.800,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 03 | 03 | Projektkräfte / Berater / Honorar Queer | 4.600,00 € | 5.590,00 € | 4.600,00 € | 4.710,00 € | 4.600,00 € | 5.970,00 € | 4.600,00 € | 3.480,00 € | 8.800,00 € | 5.730,00 € | 9.300,00 € | Erhöhung um 1.500€ | | | | |
| 5 | 3 | 03 | 04 | Queere Hochschulwoche | 1.200,00 € | 2.340,34 € | 1.200,00 € | 0,00 € | 1.200,00 € | 125,34 € | 1.200,00 € | 0,00 € | - € | 0,00 € | - € | | | | | |
| 5 | 3 | 03 | 05 | Christopher Street Day | 6.000,00 € | 3.572,81 € | 6.000,00 € | 0,00 € | 6.000,00 € | 4.299,25 € | 6.000,00 € | 0,00 € | 3.000,00 € | 0,00 € | 4.000,00 € | | | | | |
| | | | | Σ 5 3 03 00 | 26.500,00 € | 23.885,61 € | 26.500,00 € | 13.900,05 € | 26.500,00 € | 23.447,31 € | 26.500,00 € | 9.710,30 € | 26.500,00 € | 14.881,70 € | 28.000,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 04 | 00 | Alle Frauen*-Referat | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 3 | 04 | 01 | Sachkosten Alle Frauen*-Referat | 7.100,00 € | 8.387,97 € | 7.100,00 € | 7.007,90 € | 7.100,00 € | 4.477,24 € | 7.100,00 € | 48,00 € | 7.100,00 € | 48,00 € | 7.100,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 04 | 02 | Aufwandsentschädigung Alle Frauen*-Referat | 7.800,00 € | 3.600,00 € | 7.800,00 € | 7.220,00 € | 7.800,00 € | 9.200,00 € | 7.800,00 € | 3.220,00 € | 5.800,00 € | 4.420,00 € | 7.800,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 04 | 03 | Projektkräfte / Berater / Honorar Alle Frauen*-Referat | 8.100,00 € | 9.774,66 € | 8.100,00 € | 4.840,00 € | 8.100,00 € | 6.880,00 € | 8.100,00 € | 4.760,00 € | 10.100,00 € | 8.326,68 € | 9.600,00 € | Erhöhung um 1.500€ | | | | |
| | | | | Σ 5 3 04 00 | 23.000,00 € | 21.762,63 € | 23.000,00 € | 13.067,90 € | 23.000,00 € | 20.557,24 € | 23.000,00 € | 8.028,00 € | 23.000,00 € | 12.794,68 € | 24.500,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 99 | 00 | Übergreifende Kosten | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 3 | 99 | 01 | Sozialversicherungsabgaben Teillautonome | 7.000,00 € | 6.725,12 € | 9.700,00 € | 8.079,85 € | 9.700,00 € | 11.508,85 € | 11.000,00 € | 7.636,05 € | 11.000,00 € | 11.100,17 € | 12.000,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 99 | 02 | Pauschalsteuer | 900,00 € | 502,56 € | 700,00 € | 575,88 € | 700,00 € | 780,14 € | 800,00 € | 442,30 € | 800,00 € | 645,19 € | 800,00 € | | | | | |
| 5 | 3 | 99 | 99 | sonstiges | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | 0,00 € | - € | - € | | | | | | |
| | | | | Σ 5 3 99 00 | 7.900,00 € | 7.227,68 € | 10.400,00 € | 8.655,73 € | 10.400,00 € | 12.288,99 € | 11.800,00 € | 8.078,35 € | 11.800,00 € | 11.745,36 € | 12.800,00 € | | | | | |
| | | | | Σ 5 3 00 00 | 108.562,00 € | 97.181,21 € | 119.400,00 € | 68.981,14 € | 119.400,00 € | 111.590,54 € | 113.600,00 € | 50.773,26 € | 113.600,00 € | 76.181,30 € | 120.600,00 € | | | | | |

Studierendenparlament

der Universität Hamburg

-Wahlperiode 2021/2022-

Vorlage 2122/23

| 5 | 6 | 00 | 00 | Übergreifende Sachkosten | | | | | | | | | | | | | | |
|--|---|----|----|---|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|----------------|----------------|--------------|----------------|--------------|-------------|----------------|--|----------------------|
| 5 | 6 | 01 | 00 | EDV | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 6 | 01 | 01 | Hardware, Installation | 60.000,00 € | 73.878,76 € | 10.000,00 € | 1.586,51 € | 8.000,00 € | 8.426,11 € | 2.000,00 € | 0,00 € | 3.000,00 € | 2.475,00 € | | 2.000,00 € | | |
| 5 | 6 | 01 | 02 | Wartung, Administration (inkl. Telefonanlage) | 33.500,00 € | 29.202,60 € | 28.500,00 € | 29.202,60 € | 28.500,00 € | 29.202,60 € | 29.000,00 € | 0,00 € | 29.000,00 € | 14.601,30 € | | 30.000,00 € | | |
| 5 | 6 | 01 | 03 | Software, Nutzungsgebühren | 6.300,00 € | 4.944,70 € | 4.000,00 € | 1.729,80 € | 6.000,00 € | 1.734,80 € | 4.000,00 € | 0,00 € | 4.000,00 € | 13,13 € | | 2.000,00 € | | |
| 5 | 6 | 01 | 04 | Kopierer, Drucker | 12.000,00 € | 8.942,91 € | 10.000,00 € | 5.124,54 € | 10.000,00 € | 7.028,57 € | 10.000,00 € | 4.024,57 € | 10.000,00 € | 5.493,46 € | | 10.000,00 € | | |
| 5 | 6 | 01 | 05 | Telefonie | 1.800,00 € | 1.389,23 € | 1.500,00 € | 587,85 € | 1.500,00 € | 703,35 € | 1.500,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 392,19 € | | 1.000,00 € | | |
| Σ 5 6 01 00 | | | | | 113.600,00 € | 118.358,20 € | 54.000,00 € | 38.231,30 € | 54.000,00 € | 47.095,43 € | 46.500,00 € | 4.298,26 € | 46.000,00 € | 22.975,08 € | | 45.000,00 € | | |
| 5 | 6 | 03 | 00 | Versicherungen | 10.000,00 € | 3.934,93 € | 6.000,00 € | 4.359,74 € | 6.000,00 € | 4.853,47 € | 6.000,00 € | 4.756,64 € | 8.000,00 € | 4.756,64 € | | 6.000,00 € | | |
| 5 | 6 | 04 | 00 | Kosten Finanzbuchhaltung | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 6 | 04 | 01 | Kosten des Geldverkehrs | 2.000,00 € | 1.667,13 € | 2.000,00 € | 1.428,50 € | 2.000,00 € | 1.812,86 € | 2.000,00 € | 1.306,51 € | 2.500,00 € | 1.938,52 € | | 2.500,00 € | | |
| 5 | 6 | 04 | 02 | Wirtschaftsprüfung | 5.000,00 € | 5.000,00 € | 5.000,00 € | 0,00 € | 5.000,00 € | 5.000,00 € | 5.000,00 € | 0,00 € | 15.000,00 € | 0,00 € | | 18.000,00 € | | Wechsel erforderlich |
| 5 | 6 | 04 | 03 | Steuerberatung & Jahresabschluss | 22.500,00 € | 23.802,95 € | 22.500,00 € | 18.344,17 € | 22.500,00 € | 29.160,17 € | 22.500,00 € | 12.387,66 € | 26.000,00 € | 18.985,29 € | | 30.000,00 € | | |
| Σ 5 6 04 00 | | | | | 29.500,00 € | 30.470,08 € | 29.500,00 € | 19.772,67 € | 29.500,00 € | 35.973,03 € | 29.500,00 € | 13.694,17 € | 43.500,00 € | 20.923,81 € | | 50.500,00 € | | |
| Σ 5 6 00 00 | | | | | 153.100,00 € | 152.763,21 € | 89.500,00 € | 62.363,71 € | 89.500,00 € | 87.921,93 € | 82.000,00 € | 22.749,07 € | 97.500,00 € | 48.655,53 € | | 101.500,00 € | | |
| 5 | 7 | 00 | 00 | Haushaltsfonds | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | 7 | 01 | 00 | ASIA | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | | |
| 5 | 7 | 03 | 00 | Teilautonome ASIA-Referate | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | | |
| 5 | 7 | 04 | 00 | Parlament | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | | |
| 5 | 7 | 05 | 00 | Fachschaftsräte | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | | |
| 5 | 7 | 06 | 00 | Übergreifende Sachkosten | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | | |
| Σ 5 7 00 00 | | | | | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | 1.000,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| 5 | 8 | 00 | 00 | Rücklagen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| 5 | 8 | 01 | 00 | Zuführung Allgemeine Rücklage / Aufbau Eigenkapital | | 0,00 € | | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| 5 | 8 | 02 | 00 | Zuführung Sonderrücklage Liquiditätssicherung | 120.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| Σ 5 8 00 00 | | | | | 120.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| 5 | 9 | 00 | 00 | Haushaltsergebnis | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | - € | | |
| Σ 5 0 00 00 | | | | | 1.169.281,00 € | 982.964,30 € | 1.054.480,00 € | 676.754,64 € | 1.047.758,40 € | 947.271,28 € | 1.070.230,00 € | 471.178,67 € | 1.090.973,13 € | 701.601,41 € | | 1.185.660,00 € | | |
| Einnahmen | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Σ 3 1 00 00 Allgemeiner Studierendenausschuss | | | | | 44.000,00 € | 40.430,42 € | 55.000,00 € | 20.231,18 € | 47.500,00 € | 24.786,13 € | 44.000,00 € | 13.485,30 € | 38.000,00 € | 18.157,31 € | | 42.000,00 € | | |
| Σ 3 6 00 00 übergreifende Einnahmen / Eigenkapital | | | | | 924.379,00 € | 925.751,71 € | 975.180,00 € | 868.441,32 € | 975.180,00 € | 988.256,92 € | 988.110,00 € | 720.000,00 € | 1.003.873,00 € | 881.059,00 € | | 1.110.404,00 € | | |
| Σ 3 0 00 00 Verfasste Studierendenschaft | | | | | 200.902,00 € | 11.847,17 € | 24.300,00 € | 0,00 € | 25.078,40 € | 0,00 € | 36.720,00 € | 49.100,13 € | - € | | 33.256,00 € | | | |
| Σ 3 0 00 00 Verfasste Studierendenschaft | | | | | 1.169.281,00 € | 978.029,30 € | 1.054.480,00 € | 888.672,50 € | 1.047.758,40 € | 1.013.043,05 € | 1.068.830,00 € | 770.205,30 € | 1.090.973,13 € | 899.216,31 € | | 1.185.660,00 € | | |
| Ausgaben | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Σ 5 1 00 00 ASIA | | | | | 526.097,00 € | 479.604,84 € | 511.700,00 € | 318.256,20 € | 504.600,00 € | 453.804,48 € | 529.200,00 € | 261.992,59 € | 539.167,53 € | 398.435,89 € | | 609.470,00 € | | |
| Σ 5 1 00 00 ASIA-Beratung | | | | | 85.000,00 € | 80.277,05 € | 136.000,00 € | 92.672,78 € | 142.200,00 € | 118.031,03 € | 140.000,00 € | 64.035,79 € | 140.200,00 € | 92.840,35 € | | 145.200,00 € | | |
| Σ 5 3 00 00 Teilautonome Referate | | | | | 108.562,00 € | 97.181,21 € | 119.400,00 € | 68.981,14 € | 119.400,00 € | 111.590,54 € | 113.600,00 € | 50.773,26 € | 113.600,00 € | 76.181,30 € | | 120.600,00 € | | |
| Σ 5 4 00 00 Parlament | | | | | 105.842,00 € | 104.511,76 € | 124.200,00 € | 103.726,75 € | 122.345,21 € | 121.488,11 € | 126.700,00 € | 97.594,92 € | 126.625,60 € | 103.791,18 € | | 134.000,00 € | | |
| Σ 5 5 00 00 Fachschaftsräte | | | | | 69.680,00 € | 68.626,23 € | 72.680,00 € | 30.754,06 € | 68.713,19 € | 53.204,80 € | 77.730,00 € | -25.966,96 € | 73.880,00 € | -18.302,84 € | | 74.890,00 € | | |
| Σ 5 6 00 00 Übergreifende Sachkosten | | | | | 153.100,00 € | 152.763,21 € | 89.500,00 € | 62.363,71 € | 89.500,00 € | 87.921,93 € | 82.000,00 € | 22.749,07 € | 97.500,00 € | 48.655,53 € | | 101.500,00 € | | |
| Σ 5 7 00 00 Haushaltsfonds | | | | | 1.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | 0,00 € | 1.000,00 € | - € | - € | - € | | - € | | |
| Σ 5 8 00 00 Rücklagen | | | | | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | | - € | | |
| Σ 5 9 00 00 Haushaltsergebnis | | | | | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | - € | - € | - € | - € | | - € | | |
| Σ 5 0 00 00 Ausgaben Gesamt | | | | | 1.049.281,00 € | 982.964,30 € | 1.054.480,00 € | 676.754,64 € | 1.047.758,40 € | 947.271,28 € | 1.070.230,00 € | 471.178,67 € | 1.090.973,13 € | 701.601,41 € | | 1.185.660,00 € | | |
| Einnahmen | | | | | 1.169.281,00 € | 978.029,30 € | 1.054.480,00 € | 888.672,50 € | 1.047.758,40 € | 1.013.043,05 € | 1.068.830,00 € | 770.205,30 € | 1.090.973,13 € | 899.216,31 € | | 1.185.660,00 € | | |
| Ausgaben | | | | | 1.049.281,00 € | 982.964,30 € | 1.054.480,00 € | 676.754,64 € | 1.047.758,40 € | 947.271,28 € | 1.070.230,00 € | 471.178,67 € | 1.090.973,13 € | 701.601,41 € | | 1.185.660,00 € | | |
| Saldo | | | | | 120.000,00 € | -4.935,00 € | 0,00 € | 211.917,86 € | 0,00 € | 66.510,77 € | -1.400,00 € | 299.026,63 € | - € | 197.614,90 € | | - € | | |

Wahlperiode 2021/2022

01.09.2021

**Satzungsentwurf
des Allgemeinen Studierendenausschusses**

Änderung der Wirtschaftsordnung

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

**Satzung
zur Änderung der Wirtschaftsordnung
der Studierendenschaft der Universität Hamburg**

Vom ...

Auf Grund von § 103 Absatz 1 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 18. Dezember 2020 (HmbGVBl. S. 704), hat das Studierendenparlament am ... beschlossen:

Artikel 1

Die Wirtschaftsordnung der Studierendenschaft der Universität Hamburg vom 9. Januar 2003 (Amtl. Anz. 2004 S. 237), wird wie folgt geändert:

Nach § 20 Absatz 3 Nummer 2 wird folgende Nummer 3 angefügt:

3. Ausgaben, welche insgesamt mehr als eins vom Hundert des jeweiligen Haushaltsvolumens überschreiten; eine inhaltliche Prüfung durch den Wirtschaftsrat findet nicht statt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach der Genehmigung durch das Präsidium der Universität Hamburg am Tage ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger, frühestens jedoch am 31. Oktober 2021, in Kraft.

Hamburg, den 1. September 2021

gez. Leo Schneider
-Erster Vorsitzender des AStA-

Begründung

Allgemeines

Der Wirtschaftsrat des Studierendenparlamentes hat dem AStA empfohlen, zur Absicherung von hohen Ausgaben, die Genehmigung des Wirtschaftsrates einholen zu müssen. Dazu ist eine Änderung der Wirtschaftsordnung notwendig.

Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Der Wirtschaftsrat hat vorgeschlagen „hohe Ausgaben“ als alle Ausgaben, welche die die Höhe von einem Prozent des AStA-Gesamthaushaltes überschreiten zu definieren.

Zu Artikel 2

Damit die Mitglieder des Wirtschaftsrates und des AStA sich hinreichend auf ihre neuen Aufgaben vorbereiten können, ist ein Inkrafttreten mit dem Beginn der nächsten Legislaturperiode geplant.

Wahlperiode 2021/2022

28.08.2021

Satzungsentwurf

**der Mitglieder Ramon Weilinger, Leo Schneider, Janna Hill,
Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain**

Mandatsruhe einführen!

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

**Satzung
zur Änderung der Satzung
der Studierendenschaft der Universität Hamburg**

Vom ...

Auf Grund von § 103 Absatz 1 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 18. Dezember 2020 (HmbGVBl. S. 704), hat das Studierendenparlament am ... beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Studierendenschaft der Universität Hamburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1974 (Amtl. Anz. S. 349), zuletzt geändert am 5. August 2021 (Amtl. Anz. S. 1334), wird wie folgt geändert:

Nach Artikel 20 wird folgender Artikel 20a eingefügt:

„Artikel 20a

(1) Aus besonderen Gründen kann ein Mitglied des Studierendenparlamentes sein Mandat für die Dauer von höchstens drei aufeinanderfolgenden Sitzungen ruhen lassen. Das Ruhen des

Mandates ist dem Präsidium des Studierendenparlamentes unter Angabe des Grundes glaubhaft zu machen. Das Präsidium des Studierendenparlamentes stellt das Ruhen des Mandates fest.

(2) Besondere Gründe im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere:

1. Prüfungstermine und Termine zur Leistungsstanderhebung, die ihrer Bedeutung nach einem Prüfungstermin gleichen, sofern sie am Tage unmittelbar nach einer Sitzung des Studierendenparlamentes angesetzt sind,
2. das Verlassen der Freien und Hansestadt Hamburg aus im Wesen des Studiums verorteten Gründen,
3. Krankheit,
4. der eigene Geburtstag und Geburtstage von Verlobten, Ehegatten und Lebenspartner/innen sowie Verwandten in gerader Linie sowie des zweiten Grades in der Seitenlinie und
5. der Sterbefall von Verlobten, Ehegatten und Lebenspartner/innen sowie eines Verwandten in gerader Linie sowie bis zum vierten Grade der Seitenlinie.

(3) Die Mandatsruhe entbindet das Mitglied des Studierendenparlamentes von den Mandatsverpflichtungen aus Artikel 20.

(4) Das Mandat wird während des Ruhens von der nächstberufenen noch nicht gewählten Person auf dem Wahlvorschlag (Gesamtliste) ausgeübt (nachberufene Person). § 3 der Wahlordnung gilt entsprechend. Trat das Mitglied des Studierendenparlamentes, das die Mandatsruhe erklärt hat, bei der ursächlichen Wahl des Studierendenparlamentes als Einzelkandidierende/r an, findet eine Nachberufung nicht statt.

(5) Die nachberufene Person ist an Weisungen und Aufträge nicht gebunden. Sie ist insbesondere nicht an Aufträge und Weisungen des Mitglieds des Studierendenparlamentes gebunden, dessen Mandat sie ausübt.

(6) Scheidet eine nachberufene Person aus dem Studierendenparlament aus oder wird während des Zeitraums der Berufung gewählt, gilt für eine weitere Nachberufung Absatz 4 entsprechend.

(7) Das Ende des Ruhens wird dem Präsidium des Studierendenparlamentes schriftlich erklärt. Das Präsidium des Studierendenparlamentes stellt das Ende des Ruhens fest. Es hat das Ende des Ruhens auch ohne Erklärung der Mandatsträgerin/des Mandatsträgers festzustellen, wenn die/der Mandatsträger/in nicht vor dem Beginn der vierten Sitzung des Studierendenparlamentes nach Wirksamkeit der Ruhenserklärung das Ende des Ruhens erklärt.

(8) Endet das Ruhen des Mandats tritt die letzte nachberufene Person von der Ausübung des Mandats zurück.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach der Genehmigung durch das Präsidium der Universität Hamburg am Tage ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 28. August 2021

gez. Ramon Weilinger, Leo Schneider, Janna Hill, Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain

Begründung

Allgemein

Das Studierendenparlament ist eine Einrichtung der Studierendenschaft die nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie konstituiert ist. Bereits das Hamburgische Hochschulgesetz macht dies deutlich, wenn es das Studierendenparlament als Satzungsgeber vorsieht und die Mitglieder des Studierendenparlamentes mit einem freien Mandat ausstattet. Die Mitglieder des Studierendenparlamentes sind ehrenamtlich für die Studierendenschaft tätig. Dies erfordert auch eine besondere Betrachtungsweise seiner Mitglieder. Es kann und darf nicht im Sinne der Studierendenschaft sein, wenn starre Hürden und allzu strenge Maßgaben das Engagement innerhalb des Studierendenparlamentes beeinträchtigen. Das Ziel muss es also sein, das Ehrenamt, das freie Mandat der Mitglieder des Studierendenparlamentes und die Arbeitsfähigkeit des Studierendenparlamentes zu fördern und zu stärken.

Wenn Mitglieder des Studierendenparlamentes ihre Mandate niederlegen, weil sie kurzfristig wegen Klausurterminen, anderen Verpflichtungen oder besonderen Ereignissen im privaten Umfeld ihrer Tätigkeit im Studierendenparlament nicht nachkommen können, so kann dies nicht im Wohle der Studierendenschaft sein. Diese derzeitige Praxis, die vermeintlich der Arbeitsfähigkeit der Studierendenschaft dienen soll, verfehlt ihr eigentliches Ansinnen.

Die vorliegende Änderung der Satzung der Studierendenschaft soll insoweit einen Ausgleich zwischen dem Engagement der einzelnen Mitglieder des Studierendenparlamentes sowie der Bedeutung und Arbeitsfähigkeit der Studierendenschaft herstellen. Durch das „ruhende Mandat“ werden die Mitglieder des Studierendenparlamentes von Lasten und Zwängen befreit, ohne dass hierbei die Stellung und Bedeutung des freien Mandates in seinen Grundfesten angegriffen wird. Durch einen hohen Grad an Bestimmtheit und mit klaren Grenzen für die Inanspruchnahme der neuen Vorschrift werden die teilweise widerstreitenden Grundsätze in Ausgleich gebracht.

Die vorstehenden Vorschriften sind den Bestimmungen des Artikels 39 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg sowie des § 39 des Gesetzes über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft (HmbBüWG) entlehnt.

Zu den einzelnen Vorschriften:

zu Absatz 1:

Mit dieser Änderung soll es einem Mitglied des Studierendenparlamentes ermöglicht werden, das Ruhen seines Mandates zu erklären. Dieses Ruhen hat zur Folge, dass das jeweilige Mitglied ihr oder sein Mandat weiterhin innehat, die damit verbundenen Rechte vorübergehend nicht wahrnimmt und von Pflichten befreit wird. Um Klarheit zwischen dem Ruhen und der schlichten Nicht-Teilnahme herzustellen, Transparenz zu erzeugen, um Beweiskraft entfalten zu können und schließlich die entsprechenden Rechtsfolgen zu erzielen, soll die Mandatsruhe ausdrücklich erklärt und glaubhaft gemacht werden. Von einem starren Schriftformerfordernis wird hier abgesehen, um insbesondere bei plötzlichen, unvorhergesehenen Ereignissen (z.B. Krankheit, Sterbefall) auch andere Wege der Glaubhaftmachung zu ermöglichen. Das Präsidium des Studierendenparlamentes muss im Zweifelsfalle entscheiden, über der besondere Grund hinreichend glaubhaft gemacht wurde.

Die Ruhenserklärung ist - wie auch der Mandatsverzicht - an die Wahlleitung bei der Wahl des Studierendenparlamentes, also an das Präsidium des Studierendenparlamentes zu richten. Da das Präsidium des Studierendenparlamentes in Wahlsachen als Kollegialorgan tätig ist, genügt grundsätzlich, wenn die Ruhenserklärung ein Mitglied des Studierendenparlamentes erreicht (z.B. durch persönliche Übergabe einer schriftlichen Erklärung, Telefonat).

Um eine uferlose und somit missbräuchliche Nutzung des ruhenden Mandates zu verhindern, kann das Ruhen des Mandates nur in besonderen Fällen erklärt werden. Dem Präsidium des Studierendenparlamentes steht aber nur ein begrenztes Prüfungsrecht zu: Neben der tatsächlichen Prüfung, ob der besondere Grund hinreichend glaubhaft gemacht wurde, verfügt das Präsidium des Studierendenparlamentes nur dann über einen Ermessensspielraum, wenn der angeführte Grund nicht ausdrücklich in Absatz 2 aufgeführt ist.

Ein Mandat soll ferner maximal für die Dauer von drei Sitzungen ruhen können. Dieser Regelung ist der Umstand geschuldet, dass ein Ausgleich zwischen den Interessen des Mitglieds, das sein Mandat ruhen lässt, den Interessen der Hochschulöffentlichkeit sowie den Interessen der jeweils nachberufenen Person hergestellt wird. Sie dient somit der Transparenz und Rechtssicherheit und soll auch an dieser Stelle eine uferlose und missbräuchliche Inanspruchnahme der Vorschrift verhindern.

zu Absatz 2:

Die besonderen Gründe, die zur Begründung des Ruhens herangezogen werden können, sind in der Satzung der Studierendenschaft zwar nicht abschließend aufzuzählen. Dennoch ist von Satzungen wegen einer Wertung vorzunehmen, worin ein besonderer Grund für die Mandatsruhe zu erblicken ist. Außerdem hierdurch das Prüfungsrecht des Präsidiums des Studierendenparlamentes begrenzt. Liegt ein ausdrücklich aufgezählter besonderer Grund vor, reduziert sich das Ermessen des Präsidiums des Studierendenparlamentes auf null. Bei nicht aufgezählten, aber angeführten besonderen Gründen ist die hier vorgenommene Wertung als Auslegungsmaßstab heranzuziehen.

Insoweit wird die in Absatz 1 genannte Feststellung des Präsidiums des Studierendenparlamentes um eine reine Prüfung des Vorliegens eines in der Satzung genannten Grundes eingegrenzt. Außerdem soll auch hiermit wieder die ausschweifende Nutzung des ruhenden Mandates eingeschränkt werden, damit durch den größeren Freiraum der einzelnen Mitglieder des Studierendenparlamentes nicht die Arbeitsfähigkeit und Bedeutung des Studierendenparlamentes in seiner Gänze geschmälert wird.

Besonderen Gründe, die herangezogen werden können, sollen auf wirklich besondere, weil seltene, Vorkommnisse, die im Wesen des Studiums verankert oder höchstpersönlicher Natur sind, beschränkt sein. Diese Aufzählung bestätigt ferner auch die in Absatz 1 genannte „Drei-Sitzungs-Regelung“, da es sich um zeitlich begrenzte Ereignisse und Zustände handelt.

zu Ziffer 1:

Prüfungstermine und Termine zur Leistungsstanderhebung, die ihrer Bedeutung nach einem Prüfungstermin gleichen, sind als solche Termine zu verstehen, die für das Absolvieren des Studiums notwendig sind. Es spielt keine Rolle spielen, ob der jeweilige Termin unter Umständen wiederholt werden kann („Nachschreibeklausuren“). Ebenso wenig ist es von Belang, ob das Ergebnis der Prüfung in ein Abschlusszeugnis eingeht oder die Prüfung lediglich absolviert und bestanden werden muss.

zu Ziffer 2:

Das Verlassen der Freien und Hansestadt Hamburg soll dann einen Ruhensgrund darstellen, wenn der Grund für das Verlassen im Wesen des Studiums verortet ist. Damit soll insbesondere für den Zeitraum eines Praktikums oder kurzzeitigen Auslandsaufenthaltes für einen Exkurs o.ä. die Möglichkeit des Ruhens der Tätigkeit im Studierendenparlament ermöglicht werden. Wichtig ist lediglich die Zurückführbarkeit des Aufenthaltes außerhalb Hamburgs auf das eigene Studium.

zu Ziffer 3:

Ist ein Mitglied des Studierendenparlamentes erkrankt, soll es künftig in der Lage sein, das Ruhen seines Mandates zu erklären. Bei dem hier angeführten Krankheitsbegriff wird auf einschlägige Definitionen der Rechtsprechung und Rechtswissenschaft, insbesondere aus dem Bereich des Sozialrechtes, zurückzugreifen. Unter Krankheit wird „ein regelwidriger Körper- oder Geisteszustand, der ärztlicher Behandlung bedarf und/oder Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat“ verstanden (BSGE 35, 10, 12).

zu Ziffer 4 und 5:

Beim Ruhensgrund anlässlich Geburtstagen (Ziffer 4) und Sterbefällen (Ziffer 5) werden hinsichtlich der Verwandtschaft die Regelungen des bürgerlichen Rechts herangezogen (§§ 1589 ff. BGB). Verwandte in gerader Linie sind hiernach Personen von denen man unmittelbar abstammt (z.B. Mutter, Vater, Großmutter, Großvater). Personen, die nicht in gerader Linie verwandt sind, aber von derselben dritten Person abstammen, sind in der Seitenlinie verwandt (z.B. Geschwister, Geschwister der Eltern). Der Grad der Verwandtschaft bestimmt sich nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten. Im Falle eines Geburtstags als Ruhensgrund sind also neben allen Verwandten in gerader Linie auch die eigenen Geschwister umfasst. Bei Sterbefällen als Ruhensgrund sind zusätzlich auch die Geschwister der Eltern, die Geschwister der Großeltern sowie die eigenen Cousins und Cousinen erfasst.

zu Absatz 3:

Die festgestellte Mandatsruhe soll das Mitglied des Studierendenparlamentes zunächst von seinen Verpflichtungen aus Artikel 20 Absatz 1 der Satzung der Studierendenschaft entbinden. Demnach sind

„[d]ie Mitglieder des Studierendenparlaments [grundsätzlich] verpflichtet, an den Sitzungen des Studierendenparlaments teilzunehmen und in Ausschüssen mitzuwirken, die vom Studierendenparlament eingesetzt werden“.

Während der Mandatsruhe droht auch kein Mandatsverlust gemäß Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 der Satzung der Studierendenschaft („*Ein Mitglied des Studierendenparlaments, das während seiner Amtsperiode dreimal unentschuldigt bei den Sitzungen des Studierendenparlaments gefehlt hat, verliert ihren/seinen Sitz im Studierendenparlament.*“)

zu Absatz 4:

Mit dieser Vorschrift wird der Zeitraum während des Ruhens geregelt. Auch wenn das Mitglied, das ihr oder sein Mandat ruhen lässt, dieses Mandat weiterhin behält, soll darunter nicht die Arbeitsfähigkeit des gesamten Studierendenparlamentes leiden. Es soll eben gerade Zweck dieser Norm sein, das Studierendenparlament mit seinen von der Studierendenschaft gewählten Mehrheitsverhältnissen trotz des Fehlens eines Mitglieds weiterhin arbeitsfähig zu halten. Dies ist auch von Bedeutung, da bei einzelnen Fragen (z.B. Beschlussfähigkeit, Satzungsänderung) nicht bloß auf die Zahl anwesender Parlamentsmitglieder, sondern auf die satzungsgemäße Zahl der Mitglieder des Studierendenparlamentes abgestellt wird.

Da das ruhende Mandat bei der jeweiligen Mandatsträgerin bzw. dem jeweiligen Mandatsträger verbleibt - man spricht hierbei auch vom sogenannten Grundmandat -, aber nicht ausgeübt wird, besteht somit die Notwendigkeit einen Studierenden zu berufen, der das ruhende Mandat anstelle der eigentlichen Trägerin oder des eigentlichen Trägers ausübt. Dies kann und soll selbstverständlich nur eine noch nicht gewählte Person sein, die allerdings entsprechend des Wählerwillens an nächster Stelle in das Studierendenparlament einziehen würde. Insoweit wird analog des Nachrückens verfahren. Sollte der Wahlvorschlag erschöpft sein, ist ein Nachberufen - wie eben auch ein Nachrücken - einfacherdings nicht möglich. Vor diesem Hintergrund kann bei gewählten Einzelkandidierenden (im Unterschied zu Kandidierenden auf Gesamtlisten) auch keine Nachberufung erfolgen.

Die Vorschrift verdeutlicht ferner, dass die Wahl der Nachberufung vorgeht. Wird nun also eine Person, auf dem Wahlvorschlag gewählt, beispielsweise durch den Mandatsverzicht einer anderen Person, die zuvor bereits nachberufen wurde, so wird die Nachberufung durch die Wahl verdrängt und es ist eine neue Person nachzuberufen.

zu Absatz 5:

Trotz des terminologischen Unterschieds zwischen der Nachberufung und der Wahl einerseits sowie des Grundmandates und des ausgeübten Mandates andererseits soll klar sein, dass die Unabhängigkeit der/des Abgeordneten auch und selbstverständlich für die nachberufene Person gilt. Diese Vorschrift verdeutlicht überdies, dass eine nachberufene Person keine vertretungsähnlichen Pflichten gegenüber der Inhaberin oder dem Inhaber des Grundmandates hat und dieser wiederum keine Möglichkeit der Einflussnahme auf die nachberufene Person hat. Dieser Umstand trägt den elementaren Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie, der Gewissensfreiheit sowie dem Allgemeinen Gleichheitsgrundsatz größtmöglich Rechnung.

zu Absatz 6:

In dieser Vorschrift wird der Sonderfall geregelt, dass eine nachberufene Person aus dem Studierendenparlament ausscheidet. In dieser Situation wäre nämlich entsprechend des Absatzes 3 eine neue Person nachzuberufen. Außerdem wird durch diese Vorschrift der bereits unter Absatz 3 genannte Grundsatz, wonach die Wahl eine Nachberufung verdrängt, auch für bereits nachberufene Personen konkretisiert.

zu Absatz 7:

Die Rückabwicklung, also die Beendigung des ruhenden Zustandes, soll schriftlich erklärt werden. Abweichend von der ursprünglichen Runserklärung ist hier aus Gründen der Beweiskraft das Schriftformerfordernis angezeigt. Im Gegensatz zur ursprünglichen Ruhenserklärung muss bei der Beendigung der Mandatsruhe auch keine Rücksicht auf außergewöhnliche, plötzliche Umstände (siehe Begründung zu Absatz 1) genommen werden.

Die Erklärung des Endes des Ruhens ist also schriftlich beim Präsidium des Studierendenparlamentes einzureichen. Das Präsidium des Studierendenparlamentes hat sodann das Ende des Ruhens festzustellen. Eine weitergehende Prüfung entfällt hier selbstverständlich - anders als bei der Ruhenserklärung (Absatz 1).

Dass das Präsidium des Studierendenparlamentes das Ende des Ruhens auch ohne Erklärung des betroffenen Mitglieds feststellen kann, ist dem Umstand geschuldet, dass ein Mandat maximal für die Dauer von drei aufeinanderfolgenden Sitzungen ruhen soll. Um den Einhaltung der Satzung zu gewährleisten, ist es an dieser Stelle zweckdienlich einen Automatismus einzuführen.

zu Absatz 8:

Absatz 8 regelt in Ergänzung zu Absatz 7 die Rechtsfolge nach dem Ende des Ruhens. Die nachberufene Person muss von der Ausübung des Mandates zwangsläufig zurücktreten. Sind mehrere Personen innerhalb eines Wahlvorschlages nachberufen, so muss die Person zurücktreten, die zuletzt nachberufen wurde. Diese Regelung ist weitestgehend dem Gesetz über die Wahl der Hamburgischen Bürgerschaft (BüWG) entnommen. Der Grund dafür, den Rücktritt von der Ausübung nicht direkt mit dem Grundmandat zu verknüpfen, findet sich in dem Bestreben, die Ausgangsbesetzung des Studierendenparlamentes in möglichst weiten Zügen aufrecht zu erhalten. Außerdem soll eine Verknüpfung mit dem Grundmandat ausdrücklich nicht vorgesehen sein (siehe oben). Insofern eine zuletzt nachberufene Person auch weiterhin jederzeit in das Studierendenparlament gewählt werden (z.B. durch Mandatsverzicht eines anderen Mitglieds des Studierendenparlamentes).

Wahlperiode 2021/2022

31.08.2021

Satzungsentwurf

**der Mitglieder Ramon Weilinger, Leo Schneider, Janna Hill,
Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain**

StuPa-Wahlen im Sommersemester!

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

**Satzung
zur Änderung des Wahlzeitraums und
wahlrechtlicher Bestimmungen**

Vom ...

Auf Grund von § 103 Absatz 1 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 18. Dezember 2020 (HmbGVBl. S. 704), hat das Studierendenparlament am ... beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Studierendenschaft der Universität Hamburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1974 (Amtl. Anz. S. 349), zuletzt geändert am 5. August 2021 (Amtl. Anz. S. 1334), wird wie folgt geändert:

1. Artikel 6 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Vorsitzenden des AStA werden vom Studierendenparlament gewählt. Wiederwahl ist bis zur Dauer von zwei Amtsjahren zulässig.“

2. Artikel 7a Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Sprecher/innen der teilautonomen Referate werden für eine Amtsperiode von einem Jahr gewählt.“

3. Artikel 9 erhält folgende Fassung:

„Artikel 9

(1) Der AStA oder einzelne Mitglieder können jederzeit zurücktreten.

(2) Das Amt der beiden Vorsitzenden oder der vom Studierendenparlament nach Artikel 8 Absatz 1 bestätigten Referent/innen endet in jedem Falle mit dem Zusammentritt eines neuen Studierendenparlamentes, das Amt der vom Studierendenparlament nach Artikel 8 Absatz 1 bestätigten Referent/innen auch mit jeder anderen Erledigung des Amtes des einer/eines Vorsitzenden.

(3) Mitglieder des AStA, die zurückgetreten sind oder deren Amt ansonsten beendet ist, führen ihre Geschäfte bis zur Wahl beziehungsweise bis zur Berufung neuer Mitglieder fort. Ist die Fortführung der Geschäfte nicht gewährleistet, so ernennt die/der Präsident/in des Studierendenparlamentes für die Übergangszeit kommissarische Mitglieder des AStA.“

4. Artikel 14 Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.

5. Artikel 42a und Artikel 42b werden aufgehoben.

6. Nach Artikel 42 wird folgender Artikel 43 eingefügt:

„Artikel 43

Die Wahlperiode des im Dezember 2021 und Januar 2022 gewählten Studierendenparlamentes beginnt am 1. April 2022 und endet, abweichend von Artikel 14 Absatz 1 Satz 1, frühestens am 1. Oktober 2023. Die Neuwahl des Studierendenparlamentes findet im Sommersemester 2023 statt.“

Artikel 2

Die Ordnung der Wahlen zum Studierendenparlament der Universität Hamburg vom 15. Oktober 2015 (Amtl. Anz. S. 1877) wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1 – Wahlperiode und Neuwahl

(1) Das Studierendenparlament wird vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen auf ein Jahr gewählt. Die Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Studierendenparlamentes.

(2) Die Neuwahl soll in dem auf den Beginn der Wahlperiode folgenden Semester stattfinden. Sie darf nicht in der vorlesungsfreien Zeit stattfinden.

(3) Das Studierendenparlamentes tritt spätestens am dreißigsten (30.) Tage nach dem Beginn des auf die Neuwahl folgenden Semesters zusammen.“

2. In § 3 Absatz 1 wird das Wort „Amtszeit“ jeweils durch das Wort „Wahlperiode“ ersetzt.

3. § 4 erhält folgende Fassung:

„§ 4 – Wahlleitung und Bekanntmachung der Wahl

(1) Die Wahlleitung obliegt den Mitgliedern des Präsidiums des Studierendenparlamentes als Kollegialorgan (Präsidium). Sie bereiten die Wahl des Studierendenparlamentes vor und sind für die Durchführung der Wahl verantwortlich. Die Präsidentin/der Präsident des Studierendenparlamentes führt den Vorsitz.

(2) Das Präsidium ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder des Präsidiums an der Beschlussfassung mitwirken. Die Beschlussfassung des Präsidiums erfolgt in gemeinschaftlicher Sitzung oder durch Umlaufverfahren in Textform. Artikel 40a und 40b der Satzung der Studierendenschaft finden sinngemäße Anwendung. Sitzungen des Präsidiums als Wahlorgan sollen öffentlich stattfinden; Beschlüsse und Sitzungsniederschriften sind der Hochschulöffentlichkeit bekanntzumachen.

(3) Die Fachschaftsräte sollen das Präsidium bei der Durchführung der Wahl, insbesondere der Urnenwahl (§ 11), unterstützen.

(4) Das Präsidium des Studierendenparlamentes gibt spätestens fünfzig (50) Tage vor dem Beginn des Wahlzeitraums die Neuwahl des Studierendenparlamentes auf geeignete Weise bekannt. Mit der Bekanntmachung der Neuwahl des Studierendenparlamentes sind die zur Anmeldung von Kandidaturen erforderlichen Formulare zu veröffentlichen und auf geeignete Weise bereitzustellen.“

4. § 5 erhält folgende Fassung:

§ 5 – Beisitzende der Wahlleitung

(1) Das Präsidium ernennt zur Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl mindestens Beisitzende in ausreichender Zahl. Beisitzende dürfen an den Beschlussfassungen des Präsidiums beratend mitwirken; sie besitzen kein Stimmrecht.

(2) Bei der Auswahl der Beisitzenden hat das Präsidium eine sachgemäße und zweckmäßige Erledigung der anstehenden Aufgaben sowie die Rücksicht auf verschiedene Parteirichtungen zu berücksichtigen.

(3) Beisitzer/in kann jede Person werden, die wahlberechtigt ist.

(4) Die Beisitzenden erhalten eine angemessene Aufwandsentschädigung.

5. § 6 erhält folgende Fassung:

„§ 6 – Kandidaturanmeldung, Auslosung der Reihenfolge auf dem Stimmzettel, Bekanntgabe der Kandidaturanmeldungen

(1) Kandidaturen sind beim Präsidium des Studierendenparlamentes schriftlich spätestens am achtundzwanzigsten Tage vor dem Beginn des Wahlzeitraums bis 18 Uhr anzumelden (Ausschlussfrist).

(2) Zur Kandidaturanmeldung müssen grundsätzlich folgende, vom Präsidium des Studierendenparlamentes bereitgestellte Formulare (§ 4 Absatz 3) eingereicht werden:

1. Anmeldebogen 1 (Kandidaturbogen);
2. Anmeldebogen 2 (Gesamtliste);
3. Anmeldebogen 3 (Erklärung der/des Listenverantwortlichen)

(3) Einzelkandidierende, die nicht mit mindestens einer weiteren Person zur Wahl antreten, sind von der Verpflichtung zur Abgabe des Anmeldebogens 2 befreit.

(4) Auf Gesamtlisten dürfen maximal 47 Personen zur Wahl antreten.

(5) Auf dem Anmeldebogen 1 sind insbesondere der vollständige Name, die Matrikelnummer, das Geburtsdatum, die aktuelle Wohnanschrift sowie eine E-Mail-Adresse zu vermerken. Außerdem muss gekennzeichnet sein, ob die/der Kandidierende auf einer Gesamtliste oder als Einzelkandidierende geführt werden möchte. Die/der Kandidierende hat die Richtigkeit der gemachten Angaben zu versichern und den Anmeldebogen 1 persönlich und handschriftlich zu unterschreiben.

(6) Auf Anmeldebogen 2 ist die Reihung der Kandidierenden auf der Gesamtliste zu verzeichnen. Die Richtigkeit der Reihung der Kandidierenden ist von der/dem Listenverantwortlichen durch persönliche und handschriftliche Unterschrift zu versichern.

(7) Auf Anmeldebogen 3 sind insbesondere der vollständige Name, unter dem die Gesamtliste zur Wahl antritt, der Name der/des Listenverantwortlichen, seine/ihre Telefonnummer und E-Mail-Adresse zu vermerken. Sie oder er hat zu erklären, dass sie oder er die Kandidierenden

der Gesamtliste in allen Angelegenheiten der Wahl vertritt. Die/der Listenverantwortliche hat die Richtigkeit der gemachten Angaben zu versichern und den Anmeldebogen 3 persönlich und handschriftlich zu unterschreiben.

(8) Die/der Listenverantwortliche ist verpflichtet, die Reihung und Namen der Kandidierenden innerhalb der Einreichungsfrist (Absatz 1) elektronisch und in Textform an das Präsidium des Studierendenparlamentes zu übermitteln.

(9) Kandidaturanmeldungen, die

1. nicht fristgemäß eingereicht wurden (Absatz 1),

2. unvollständig sind oder materiellen und formellen Vorgaben der Absätze 2 bis 8 nicht entsprechen,

sind vom Präsidium des Studierendenparlamentes ganz oder teilweise zurückzuweisen. Die Zurückweisung ist der/dem Einzelkandidierenden oder der/dem Listenverantwortlichen anzuzeigen; bei teilweiser Zurückweisung soll auch der/dem einzelnen Kandidierenden einer Gesamtliste die Zurückweisung angezeigt werden. Änderungen an Kandidaturanmeldungen sind bis zum Ende der Einreichungsfrist (Absatz 1) zulässig.

(10) Unmittelbar nach dem Ende der Einreichungsfrist bestimmt das Präsidium des Studierendenparlamentes die Reihenfolge der Gesamtlisten und Einzelkandidierenden auf dem Stimmzettel per Los. Hierbei sind auch zurückgewiesene Kandidaturanmeldungen zu berücksichtigen.

(11) Unmittelbar nach der Auslosung gemäß Absatz 8 gibt das Präsidium des Studierendenparlamentes auf geeignete Weise die Reihenfolge der Einzelkandidierenden bzw. Gesamtlisten, einschließlich der Reihung und Namen der auf den Gesamtlisten Kandidierenden, auf dem Stimmzettel bekannt. Absatz 8 Satz 2 findet sinngemäße Anwendung.

6. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7 – Einspruch gegen die Zurückweisung einer Kandidaturanmeldung, Mängelbeseitigung, Bekanntgabe der endgültig zugelassenen Kandidaturanmeldungen

(1) Gegen die Zurückweisung einer Kandidaturanmeldung kann binnen drei Kalendertagen nach der Zurückweisung, spätestens bis zum dritten Kalendertag nach der Bekanntgabe gemäß § 6 Absatz 11, schriftlich Einspruch eingelegt werden. Einspruchsberechtigt sind die unmittelbar von der Zurückweisung beschwerten Kandidierenden bzw. die/der jeweilige Listenverantwortliche der unmittelbar betroffenen Gesamtliste.

(2) Bis zum dritten Kalendertag nach der Bekanntgabe gemäß § 6 Absatz 11 sind Mängelbeseitigungen an den Kandidaturanmeldungen zulässig. Anschließend ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen.

(3) Am vierundzwanzigsten Tage vor dem Beginn des Wahlzeitraums entscheidet das Präsidium des Studierendenparlamentes über die gemäß Absatz 1 vorliegenden Einsprüche. Anschließend sind die endgültig zugelassenen Einzelkandidierenden und Gesamtlisten, einschließlich der Reihung und Namen der auf den Gesamtlisten Kandidierenden, auf geeignete Weise bekanntzumachen.“

7. § 8 erhält folgende Fassung:

„§ 8 – Wahlinformation, Wahlzeitung, öffentliche Veranstaltungen

(1) Das Präsidium des Studierendenparlamentes informiert die Wahlberechtigten auf geeignete Weise über die Wahl des Studierendenparlamentes.

(2) Das Präsidium des Studierendenparlamentes soll eine Wahlzeitung herausgeben, in der sich die Einzelkandidierenden und Gesamtlisten selbst vorstellen. Die Wahlzeitung kann in verkörperter und/oder digitaler Form veröffentlicht werden.

(3) Das Präsidium des Studierendenparlamentes kann insbesondere eine oder mehrere öffentliche Veranstaltungen durchführen, um über die Wahl des Studierendenparlamentes zu informieren und den Einzelkandidierenden sowie Gesamtlisten die Gelegenheit zu geben, sich vorzustellen.“

8. § 9 erhält folgende Fassung:

§ 9 – Wahlzeitraum und Stimmabgabe

(1) Die Stimmabgabe erfolgt durch Brief- oder Urnenwahl.

(2) Der Wahlzeitraum zur Stimmabgabe per Brief (Briefwahlzeitraum) soll dreißig (30) Kalendertage umfassen; der Wahlzeitraum zur Stimmabgabe an der Urne (Urnenwahlzeitraum) beträgt fünf Werktage. Zwischen dem Ende des Briefwahlzeitraums und dem Beginn des Urnenwahlzeitraums muss eine wahlfreie Zeit von mindestens fünf und maximal vierzehn Kalendertagen vorgesehen sein.

(3) Während des gesamten Wahlzeitraums hat das Präsidium des Studierendenparlamentes eine ordnungsgemäße Verwahrung der Wahlurnen und der Wahlunterlagen sicherzustellen.

9. § 10 erhält folgende Fassung:

„§ 10 – Briefwahl

(1) Spätestens am Tage des bekanntgemachten Beginns des Wahlzeitraums (§ 4 Absatz 3) sind allen Wahlberechtigten die Briefwahlunterlagen per Brief zu zusenden. Wahlberechtigt im Sinne des Satzes 1 sind alle bis zum zweiundzwanzigsten (22.) Tage vor dem Beginn des Wahlzeitraums an der Universität Hamburg als immatrikulierte Studierende registrierte Personen, einschließlich der Promotionsstudierenden.

(2) Die Briefwahlunterlagen bestehen mindestens aus einem Stimmzettel und Stimmzettelumschlag sowie einem Wahlschein und einem Rücksendeumschlag. Auf dem Wahlschein ist die Matrikelnummer des jeweiligen Wählenden durch Strichcode oder eine andere maschinenlesbare Form zu hinterlegen.

(3) Zur gültigen Stimmabgabe per Brief ist der ausgefüllte Stimmzettel in den Stimmzettelumschlag einzulegen und der Stimmzettelumschlag zu verschließen. Der

Stimmzettelumschlag ist gemeinsam mit dem handschriftlich und persönlich unterschriebenen Wahlschein an das Präsidium des Studierendenparlamentes zu richten und muss dort bis zum angegebenen und bekanntgemachten Fristende (§ 4 Absatz 3) eingehen (Ausschlussfrist).

(4) Nach dem Ende des Briefwahlzeitraums wird eine Übersicht der Matrikelnummern derjenigen Studierenden erstellt, die gültig per Brief gewählt haben.“

10. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11 – Urnenwahl

(1) Die Stimmabgabe bei der Urnenwahl erfolgt an Urnenstandorten, die vor dem Beginn des Urnenwahlzeitraums vom Präsidium des Studierendenparlamentes festgelegt und bekanntgemacht werden. Urnenstandorte dürfen nur innerhalb der Liegenschaften der Universität Hamburg, des Studierendenwerkes und des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf sowie auf deren Flächen unter freiem Himmel vorgesehen werden.

(2) Die Wahlzeit an den einzelnen Wahltagen des Urnenwahlzeitraums bestimmt das Präsidium des Studierendenparlamentes. Die Wahlzeit darf nicht vor 8 Uhr beginnen und nicht nach 20 Uhr enden; sie soll mindestens sechs Stunden pro Tag betragen. Die festgelegte Wahlzeit gilt für alle Urnenstandorte.

(3) Die Urnenstandorte werden in der Wahlzeit von mindestens zwei Urnenwahlhelfenden gleichzeitig und gleichrangig beaufsichtigt; sie sind für die Durchführung der Wahl am Urnenstandort zuständig. Die Urnenwahlhelfenden werden vom Präsidium des Studierendenparlamentes benannt. Die Besetzung der Urnenstandorte soll, soweit möglich, unter Rücksicht auf verschiedene Parteirichtungen erfolgen. Die Urnenwahlhelfenden sind zur unparteiischen Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. Das Präsidium des Studierendenparlamentes kann Urnenwahlhelfende jederzeit abberufen.

(4) In der unmittelbaren Umgebung einer Wahlkabine darf keine Wahlwerbung aushängen oder Wahlwerbung durch persönliche Ansprache betrieben werden.

(5) Vor der Stimmabgabe an der Urne prüfen die Urnenwahlhelfenden, ob die oder der Studierende bereits bei der Briefwahl ihre oder seine Stimme abgegeben hat. Hierzu wird die Matrikelnummer der oder des Studierenden mit der Liste der Matrikelnummern gemäß § 10 Absatz 4 abgeglichen. Hat die oder der Studierende bereits bei der Briefwahl ihre oder seine Stimme abgegeben, darf sie oder er nicht mehr an der Urne wählen.“

11. § 12 erhält folgende Fassung:

„§ 12 - Stimmzettel

(1) Die Stimmabgabe erfolgt auf Stimmzetteln, die vom Präsidium des Studierendenparlamentes herausgegeben wurden. Die Stimmzettel für die Briefwahl (§ 10) und für die Urnenwahl (§ 11) sollen sich farblich (Hintergrundfarbe) unterscheiden; im Übrigen haben die Stimmzettel einheitlich zu sein.

(2) Auf dem Stimmzettel muss deutlich erkennbar sein, welche kandidierende Person als Einzelkandidierende/r antritt oder auf welcher Gesamtliste sie kandidiert.

(3) Auf dem herausgegebenen Stimmzettel ist darauf hinzuweisen, dass höchstens ein/e Einzelkandidierende oder eine Gesamtliste gewählt werden darf.“

12. § 13 erhält folgende Fassung:

„§ 13 - Wahlüberwachung

(1) Der Ältestenrat kann sich durch Beschluss jederzeit vom Präsidium über die Wahl, deren Vorbereitung und Durchführung unterrichten lassen.

(2) Der Ältestenrat darf durch Beschluss Einsicht nehmen in alle zur bevorstehenden bzw. laufenden Wahl des Studierendenparlamentes beim Präsidium geführte Akten.“

13. § 14 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die gemeinsame Auszählung aller Stimmen wird unter Aufsicht des Präsidiums öffentlich vorgenommen. Die Beisitzenden werden zur Auszählung hinzugezogen. Zur Unterstützung des Präsidiums und der Beisitzenden werden weitere Auszählhelfende bestimmt; Auszählhelfende müssen nicht an der Universität Hamburg immatrikulierte Studierende sein.“

14. Nach § 14 Absatz 1 wird folgender Absatz 1 a)

„Die Auszählung aller Stimmen erfolgt an einem Ort. Sie findet nach dem Ende der Wahl statt. Sie muss spätestens am siebten (7.) Tage nach dem Ende des Wahlzeitraums durchgeführt werden. § 9 Absatz 3 gilt entsprechend.“

15. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15 - Ungültige Stimmzettel

(1) Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht vom Präsidium herausgegeben ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. mehr als eine Kennzeichnung enthält,
4. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
5. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

(2) Stimmzettel mit Eintragungen für eine Gesamtliste und für eine kandidierende Person derselben Gesamtliste werden abweichend von Absatz 1 Nummer 3 als gültige Stimme für die kandidierende Person gerechnet (Heilungsregelung).“

16. § 18 erhält folgende Fassung:

„§ 18 – Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Sämtliche Wahlunterlagen sind nach der Stimmenauszählung zu versiegeln und mindestens bis zum Ende der Anfechtungsfrist (§ 19 Absatz 1) aufzubewahren. Liegt eine Wahlanfechtung vor, sind sämtliche Wahlunterlagen bis zum Abschluss des Wahlprüfungsverfahrens aufzubewahren.“

17. § 20 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Entscheidung des Ältestenrats lautet auf
1. Zurückweisung der Anfechtung
2. Neuauszählung der Wahl oder
3. Ungültigkeit der Wahl.“

18. § 21 erhält folgende Fassung:

§ 21 - Ungültige Wahl

Die Wahl ist insbesondere für ungültig zu erklären, wenn die Missachtung der vorstehenden Wahlvorschriften das Wahlergebnis maßgeblich beeinflusst hat (Mandatsrelevanz).

19. Die Überschrift „VI. Änderungen oder Neufassungen“ wird ersetzt durch die Überschrift „VI. Schlussbestimmungen“

20. Die Überschrift des § 22 „§ 22 – Änderungen“ wird ersetzt durch „§ 22 - Änderungen und Neufassungen“.

21. Die Überschrift „VII. Inkrafttreten, Außerkrafttreten“ wird gestrichen.

22. § 23 werden folgende §§ 22a und 22b vorangestellt:

„§ 22a – Durchführungsbestimmungen“

Das Präsidium erlässt die zur Durchführung dieser Wahlordnung erforderlichen Bestimmungen durch Beschluss.

§ 22b – Bekanntmachungen

Der Bekanntmachung im Sinne dieser Wahlordnung ist nachgekommen, wenn ein Aushang bei den Geschäftsräumen des Präsidiums und eine Veröffentlichung auf der Internetpräsenz des Studierendenparlamentes erfolgt.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach der Genehmigung durch das Präsidium der Universität Hamburg am Tage ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 31. August 2021

gez. Ramon Weiling, Leo Schneider, Janna Hill, Ann-Kristin Deuke und Daniel Bouvain

**Studierendenparlament
der Universität Hamburg**

Vorlage 2122/13

Wahlperiode 2021/2022

30.06.2021

**Wahlvorschlag
der Fraktion Campus UKE**

Wahl des Ältestenrats

Viktor Zouboulis

Hamburg, den 30. Juni 2021

gez. Viktor Zouboulis

Wahlperiode 2021/2022

01.07.2021

**Wahlvorschlag
der Mitglieder Hesam Jozvebayat,
Franziska Hildebrandt und Gunhild Berdal**

Wahl einer Präsidentin des Studierendenparlamentes

Gunhild Berdal

Hamburg, den 1. Juli 2021

gez. Gunhild Berdal

Begründung:

**Kandidatur für das Präsidium des Studierendenparlamentes von Gunhild Berdal
für die Sitzung am 1. Juli 2021**

„Die politische Macht hat zur Stunde in Deutschland ein Präsidialkabinett an sich gerissen, das unter Ausschaltung des Reichstags gebildet wurde und das der Handlanger des vertrusteten Monopolkapitals (...) ist. Trotz der Allmacht des Präsidialkabinetts hat es gegenüber allen innen- und außenpolitischen Aufgaben der Stunde gänzlich versagt. Seine Innenpolitik charakterisiert sich genau wie die des vorausgegangenen durch die Notverordnungen, Notverordnungen im ureigensten Sinne des Wortes; denn sie verordnen Not und steigern die schon vorhandene Not. Gleichzeitig zertritt dieses Kabinett die Rechte der Massen, gegen die Not zu kämpfen.“

(Clara Zetkin, Rede als Alterspräsidentin bei der Eröffnung des Reichstags am 30. August 1932)

„Denn wir sind Neinsager. Aber wir sagen nicht nein aus Verzweiflung. Unser Nein ist Protest. (...) Denn wir müssen in das Nichts hinein wieder ein Ja bauen. Häuser müssen wir bauen in die freie Luft unseres Neins, über den Schlünden, den Trichtern und Erdlöchern und den offenen Mündern der Toten: Häuser bauen in die reingefegte Luft der Nihilisten, Häuser aus Holz und Gehirn und aus Stein und Gedanken.“
(Wolfgang Borchert, Das ist unser Manifest, 1947)

Das Studierendenparlament ist nicht der Reichstag und das hiesige „kleine“ Präsidialkabinett hat wenig reale Macht. Aber es ist antidemokratisch und richtet somit viel Schaden an und stützt die Politik der Herrschenden gegen die Bevölkerung, gegen die Studierenden.

Clara Zetkin, Sozialistin in der Weimarer Republik und Wolfgang Borchert, Sohn eines Lehrers und einer Schriftstellerin aus Hamburg-Eppendorf waren beide humanistisch Kämpfende für Frieden und Demokratie. Sie sagen NEIN zur Diktatur und JA zu einem besseren Leben! Aus der Geschichte ist zu lernen.

Der Sinn des menschlichen, gesellschaftlichen Daseins besteht darin, ein besseres Leben für alle zu schaffen.

Was hat das Studierendenparlament damit zu tun? Verbesserungen werden uns nicht geschenkt, sondern müssen immer gegen die Besitzenden und Machthaber respektive die Gleichgültigkeit durchgesetzt werden. Die Studiengebühren wurden in den 70er Jahren abgeschafft, weil die 68-Bewegung dafür aktiv war. Das BAföG ist dadurch entstanden, ebenso die demokratischen Strukturen der Hochschulen und die gesellschaftskritische Beschäftigung der Wissenschaften mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Menschheit. Passivität und Gleichgültigkeit dagegen sind Wegbereiter der Barbarei oder des Elends.

Heute haben wir als studentische Selbstorganisation aktuell die (Mit-)Verantwortung, die Verheerungen der Lockdownkrise zu heilen und soziales studentisches Leben neu zu ermöglichen und zu verwirklichen. Entfremdende digitale Lehre (Leere) bei gesteigertem Leistungs- und Prüfungsdruck, Zerstörung von Arbeitsplätzen, staatlich verordnete Isolation und Schuldzuweisungen führen keineswegs zur Gesundheit, sondern massenhaft zu Depression und Krankheit.

Studierendenparlament und AstA - im Zusammenspiel mit Fachschaftsräten und anderen Aktiven - müssen tagen, diskutieren und dafür streiten, daß die Öffnung der Uni (Räume, Bibliotheken, Mensen...) sofort und sorgfältig angegangen wird, daß Studierenden darin unterstützt werden, Fuß zu fassen, sich mit Kommilitoninnen zusammenzuschließen und sinnvoll angstfrei zu studieren. Auch dem Studierendenwerk muß abverlangt werden, seine Räume für soziale und politische Aktivitäten zu öffnen und die Studierenden finanziell zu unterstützen. Wofür es staatlich stärker finanziert werden muß, genau wie die Hochschulen selber für die enormen Aufgaben, die anstehen. Das ist Interessenvertretung!

Das Studierendenparlament soll ein Ort des Disputs, des Lernens, der Bildung mündiger Persönlichkeiten sein, bzw. werden.

Ich kandidiere dafür, was wir in der „Fraktionsübergreifenden Erklärung für die Redemokratisierung des Studierendenparlaments“ gefaßt haben:

„Ein im Interesse der Studierendenschaft wirkungsvolles Studierendenparlament soll sich mit relevanten hochschul- und wissenschaftspolitischen Themen befassen sowie gesellschaftlich verantwortlich für Frieden, Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit und gegen soziale Ungleichheit, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Feinde der Demokratie agieren.“

Das beginnt im Parlament, denn: *„Es geht um die Sache, nicht um machtpolitische Mehrheiten.“*

Wahlperiode 2021/2022

29.06.2021

**Antrag
der Fraktion CampusGrün**

Gegen die Kürzungen an der Universität - #stopthecuts!

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

Das Studierendenparlament der Universität Hamburg protestiert gegen die Kürzungspläne des Hamburger Senats und fordert stattdessen die Ausfinanzierung der Hamburger Hochschulen.

Kaum heißt es Krise, schon wird gekürzt. Dabei war die Lage an den Hamburger Hochschulen schon vor Corona prekär. So gab es Klassenkampf von oben an der Uni schon immer: Das drückt sich nicht nur in der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, sondern auch in der kapitalkonformen Zurichtung der Hochschulen aus, beispielsweise durch die Bolognareform. Auch Vereinzelung und Entsolidarisierung prägten unseren Hochschulalltag – schon vor der Corona Krise: Als studentische Beschäftigte und Studierende sehen wir uns einem zunehmenden Drittmittelwahnsinn, (Ketten-)Befristungen, Abhängigkeitsverhältnissen und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen sowie dem Druck ausgesetzt, möglichst in "Regelstudienzeit" [sic!] durchzukommen.

In dem Kontext ist es zynisch, dass die politische Reaktion auf gesellschaftliche Herausforderungen wie die Coronapandemie oder die ökologische Krise ist, an den Hochschulen Gelder zu streichen – den Institutionen also, die das Erkennen, Auseinandersetzen und Begegnen dieser Krisen erst ermöglichen.

Statt uns eine kollektive Auseinandersetzung mit Fragen, wie eine gerechte, soziale und ökologische Gesellschaft gelingen kann, zu ermöglichen, wird das Ausbleiben von Widerstand aktuell genutzt, um weiter Bildung auf Arbeitsmarktvorbereitung zurechtzustutzen und die Abhängigkeit von Drittmitteln noch weiter voranzutreiben.

Die Corona-Krise und ihre politische Beantwortung treiben also all das auf die Spitze, was seit Jahrzehnten falsch läuft im Hochschulbetrieb.

Stattdessen muss die Antwort auf Erfahrungen der Coronakrise eine Entprekarisierung der Arbeitsbedingungen, das Schaffen von Perspektiven und die Grundlage für eine kritische Wissenschaft sein. Es braucht endlich eine Ausfinanzierung der Hochschulen abseits von Drittmittelkämpfen!

Hamburg, den 29. Juni 2021

gez. Sebastian Peters

Wahlperiode 2021/2022

07.06.2021

Antrag

**der Fraktionen harte zeiten – junge sozialist:innen & fachschaftsaktive,
Liste LINKS - Offene AusländerInnenliste * Linke Liste * andere Aktive sowie
SDS* - Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband**

Fraktionsübergreifende Erklärung für die Redemokratisierung des Studierendenparlaments

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

Im Bewusstsein,
dass die Verfasste Studierendenschaft eine demokratische Errungenschaft ist,
dass die organisierte Studierendenschaft wichtige Erfolge wie die Abschaffung der Studiengebühren
errungen hat,
dass die Organe der Studierendenschaft heute und in der Zukunft eine hohe Verantwortung tragen,
rufen wir fraktionsübergreifend alle Demokrat*innen auf, dem argumentativen Meinungsstreit im
Studierendenparlament wieder neu Geltung zu verschaffen.

Es sollte verstärkt im Bewusstsein aller verantwortlichen Akteur*innen sein, dass wesentliche
Interessen der Studierenden gemeinsame sind (auch mit der überwiegenden Mehrheit der
Bevölkerung) und es im Studierendenparlament darum geht, zu klären, wie genau diese Interessen
und Bedürfnisse begriffen, begründet, im Verhältnis zueinander akzentuiert und politisch verfolgt
werden. Eine wesentliche gemeinsame Haltung ist daher: sich für andere Menschen und ihr
Wohlergehen zu interessieren. Durch Demokratie gewinnen alle.

Ein im Interesse der Studierendenschaft wirkungsvolles Studierendenparlament soll sich mit
relevanten hochschul- und wissenschaftspolitischen Themen befassen sowie gesellschaftlich
verantwortlich für Frieden, Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit und gegen soziale
Ungleichheit, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Feinde der Demokratie agieren.
Dafür sind Initiativen aus den Fachschaftsräten und von engagierten Studierenden aufzugreifen und
Beschlüsse zu fassen, mit denen aktiv in die aktuellen Auseinandersetzungen eingegriffen werden
kann.

Ein in diesem Sinne gut arbeitendes Parlament beginnt beim Präsidium:

Das StuPa-Präsidium muss plural zusammengesetzt sein, die politische Bandbreite des Parlaments repräsentieren und seine Mitglieder müssen demokratisch integre Persönlichkeiten sein. Wir wollen es mit dem Wahlverfahren nach D'Hondt wählen und streben einen gesamtparlamentarischen überfraktionellen Wahlvorschlag an.

Weitere Eckpunkte für die Arbeit im StuPa:

- Es geht um die Sache, nicht um machtpolitische Mehrheiten.
- Der Austausch zwischen Studierendenparlament, AStA und Fachschaftsräten soll ausgebaut, die Wahrnehmung der Fachschaftsräte gestärkt werden.
- Die Redezeiten sollen so geregelt sein, dass alle, die etwas zu einer Debatte beizutragen haben, auch zu Wort kommen, darauf gerichtet, dass das Parlament zu einem Ergebnis kommt.
- Die Sitzungen sollen regelmäßig und häufig stattfinden, dafür soll die einzelne Sitzung in der Regel bis ca. 23 Uhr abgeschlossen sein. Es soll einen Sitzungsplan für das Semester geben.
- Zur abgestimmten Festlegung der Tagesordnung im Vorfeld der jeweiligen Sitzung befürworten wir ein Tagesordnungsgremium mit Vertreter:innen aus den Fraktionen.
- Wir wollen die Ausschüsse wieder beleben. Sie sollen wieder regelmäßig stattfinden und dabei die Erörterungen im StuPa nicht ersetzen, sondern vorbereiten: bereits bestehende Konsense festhalten, wesentlichen inhaltliche Kontroversen identifizieren, die Debatte strukturieren.
- Es soll regelmäßig zeitlich begrenzte AStA-Berichte zu Beginn der StuPa-Sitzungen geben, sodass die Vernetzung zwischen AStA und StuPa gestärkt wird.

Hamburg, den 7. Juni 2021

gez. Franziska Hildebrandt